

Zeitschrift für Kanada-Studien

Im Auftrag der
Gesellschaft für Kanada-Studien
herausgegeben von Vorstand und Beirat

Geschäftsführende Herausgeber

Ingrid Neumann-Holzschuh
Wilfried von Bredow
Peter Dörrenbächer

EDITORIAL

„Some of us may pity or scorn them for not having joined the revolution of 1776; in this view, they are like the goody-goody siblings who never rebelled against their parents.“ Das *Us* in diesem Satz bezieht sich auf die Amerikaner; und das *Them* selbstverständlich auf die Kanadier – das altbekannte, sozusagen geointellektuelle Klischee, hier ironisiert von Alison Lurie in der Weihnachtsausgabe 2006 der „New York Review of Books“ bestimmt auch heute noch zu großen Teilen das Bild Kanadas und seiner Bewohner in den Vereinigten Staaten und anderswo. *Canadian Studies*, in welchen akademischen Disziplinen und an welchen Universitäten auch immer sie betrieben werden, haben sich neben ihren wissenschaftsimmanenten Zielen auch immer die Aufgabe gestellt, dieses und andere Klischees über Kanada auseinanderzubauen und auf die in ihnen enthaltenen Realitätsselemente zurückzuführen. Ein wenig mag ja dran sein an solchen Klischees. Aber Kanada, seine Kultur, seine Kunst, seine politische Kultur, sein soziales System und seine Wirtschaft bieten unendlich viel mehr. Auf dem sich weiter globalisierenden Planeten Erde sind Kanadas Beiträge zur Ausbildung einer menschenwürdigen Weltgesellschaft wichtig. Die akademische und die weit über die Universitätswelt hinausgehende Resonanzkraft dieser Beiträge zu stärken und ihnen in den globalisierten Diskursen über die Probleme und die Entwicklungsalternativen der Welt angemessenes Gehör zu verschaffen, war und ist im Selbstverständnis der Kanadistinnen und Kanadisten eine große Herausforderung. Sie waren, dies darf man in aller Bescheidenheit behaupten, mit ihren Antworten durchaus erfolgreich, nicht zuletzt auch in den deutschsprachigen Ländern. Aus der Perspektive Kanadas haben *Canadian Studies* einen beträchtlichen praktischen Wert. Er sollte jedenfalls von niemandem unterschätzt werden.

Die Aufsätze in dem vorliegenden Heft illustrieren dieses Selbstverständnis auf vielschichtige Weise. Neben Texten mit Überblicks-Charakter steht eine Reihe von Einzelfall-Studien aus verschiedenen Disziplinen. Aber so unterschiedlich ihre Themen auch sind, ihnen allen ist eines gemeinsam: Sie vermitteln alle eine Vorstellung von der kanadischen *distinctiveness*, die in sprachlichen, kulturellen, literarischen, historischen und politischen Besonderheiten zum Ausdruck kommt.

Jürgen Eyfferts Artikel ist dem hochaktuellen Thema der kanadischen Francophonie zu Beginn des 21. Jahrhunderts gewidmet. Der Diskurs über die Francophonie wird gegenwärtig sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene geführt: Zum einen geht es um die Frage, wie sich die frankophonen Provinzen in Kanada zueinander verhalten und wie sich ihr augenblickliches Verhältnis zur Bundesregierung darstellt; zum anderen wird diskutiert, wie sich die Francophonie als weltweite politische, wirtschaftliche und kulturelle Institution in Kanada positioniert und welche Auswirkungen die veränderte weltpolitische Rolle der



Francophonie auf die spezifische Situation der francophonen Provinzen in Kanada hat. Erfurt zeigt, mit welcher Dynamik sich der Diskurs über die Francophonie seit den 1960er Jahren verändert hat und wie heterogen die Interessenlage der Akteure auf der nationalen und internationalen Bühne derzeit ist.

Elke Winters Überblick über die Entstehung und Entwicklung des kanadischen Multikulturalismus greift ein Thema auf, das geradezu zum Markenartikel Kanadas geworden ist. Ihm wird aus anderen Gesellschaften, besonders aus Europa, großes Interesse entgegengebracht, fragt man sich doch dort, ob und gegebenenfalls wie sich das kanadische Konzept übertragen lassen könnte. Vor allzu raschen Adaptationen muss freilich gewarnt werden. Aber dass man aus den kanadischen Erfahrungen mit dem Multikulturalismus viel lernen kann, steht außer Frage.

Devrim Karahasan beschreibt in ihrem Beitrag über die Ethnogenese der kanadischen Métis, wie das vor allem von der traditionellen Forschung gezeichnete, stark eurozentristische Bild dieser ethnisch gemischten Bevölkerungsgruppe seit der Mitte des 20. Jahrhunderts einer differenzierteren Betrachtungsweise gewichen ist. Eine genauere Analyse der Diskurse über die Ethnogenese der Métis zeigt, dass weder eine dichotomische (englisch- vs. französischsprachige Métis) noch eine nationalistische Identitätszuweisung dieser Ethnie gerecht wird. Vielmehr müssen die Métis als „Vielheiten“ gesehen werden, eine Sicht, die letztlich auch Auswirkungen auf den Umgang mit dieser Minderheit in Kanada haben wird.

Die drei nächsten Aufsätze beschäftigen sich mit sozio-kulturellen und sicherheitspolitischen Aspekten der Politik kanadischer Regierungen und mit externen Ansprüchen an die kanadische Politik. Brandaktuell ist *Ursula Lehmkühls* Analyse der kanadischen Anti-Terror-Gesetzgebung unter der Fragestellung, ob sich bei den kanadischen Gesetzen und deren Umsetzung ein eigener „kanadischer“ Stil der Politik innerer Sicherheit erkennen lässt, der sich von dem des in diesen Fragen ziemlich drängenden Partners südlich der Grenze deutlich unterscheidet. Lehmkühl kann solche Differenzen sowohl auf der institutionellen als auch auf der Handlungsebene ausmachen – ein aufschlussreicher Befund. In der Untersuchung von *Eugénie A. Samier* werden die Memoiren hochrangiger kanadischer Beamter analysiert. Das ist einmal unter methodischen Gesichtspunkten interessant. Vor allem aber vermittelt sie Aufschlüsse über das kollektive Ethos einer politisch bestimmenden Schicht im öffentlichen Dienst Kanadas. Dieses Ethos ist für den Modernisierungskurs des Landes enorm wichtig geworden und wirkt bis heute weiter. *Manuel Meune* hat aussagekräftige Dokumente zur auswärtigen Kulturpolitik der DDR in Kanada ausgewertet und ist dabei auf eine Reihe von institutionellen und persönlichen Spannungen gestoßen. Dieses bislang weitgehend unbekanntes Kapitel der kanadisch-deutschen Beziehungen seit 1949 gehört zwar nicht zu ihren politisch wichtigsten. Jedoch erweist sich einmal mehr anhand dieser Studie, wie tief die ideologischen Gegensätzlichkeiten des Ost-West-Konflikts in die Lebensbereiche der Menschen eingedrungen sind und ihre Wahrnehmungen und ihr Verhalten mitgeprägt haben.

Die folgenden drei Aufsätze haben ein Thema gemeinsam: Québec und seine politisch-kulturelle Besonderheit innerhalb Kanadas. Allerdings behandeln sie dieses Thema aus höchst unterschiedlichen Perspektiven.

Der Beitrag von *Yves Laberge* ist dem Quebecer Kino gewidmet. Anhand neuerer historischer und soziologischer Arbeiten gibt Laberge einen Überblick über die Herausbildung der kanadischen und speziell der quebecer Filmindustrie, die im Vergleich zu anderen Ländern erst relativ spät eine gewisse Eigenständigkeit in diesem Sektor entwickeln konnte.

Angelica Rieger setzt sich in ihrem Beitrag mit dem autobiographischen und narrativen Werk der quebecer Schriftstellerin Gabrielle Roy auseinander: Gabrielle Roes Romane werden als Beispiele für eine mit dem Bildungsroman verwandte Strömung in der Narrativik des 20. Jh. angesehen, in der Erziehung und Lektüre konfliktuell mit Emanzipation und Selbstentfremdung verbunden sind. In den Romanen von Gabrielle Roy werden die Protagonisten durch Lektüre und Bildung zwar zu Emanzipation und Selbstbestimmung geführt, gleichzeitig sind sie aber einem Entfremdungsprozess ausgesetzt, der die Rückkehr zu Tradition und Familie verstellt. Dieser dialektische Prozess kulminiert in der Person der zweisprachigen Schriftstellerin, die als Symbol für perfekte Emanzipation gleichzeitig ein Höchstmaß an Selbstentfremdung erfahren muss.

Wie schwierig es ist, die politischen Auseinandersetzungen in Kanada über die Souveränitäts- oder Autonomie-Bestrebungen Québecs hierzulande angemessen zu verstehen und sich darüber vorurteilsfrei zu informieren, ist der Studie von *Helga Bories-Sawala* zu entnehmen. Die „Verständigungsschwierigkeiten“ sind durch die Berichte in deutschsprachigen Tageszeitungen nicht eben geringer geworden. Bories-Sawala dokumentiert diesen Sachverhalt und sucht nach Aufklärung über die Gründe dafür. Insofern ist ihr Aufsatz ein besonders gelungenes Beispiel für die oben postulierte praktisch relevante Vermittlungsfunktion von Kanada-Studien.

Der Aufsatz von *Jessica Gevers* knüpft an das Rahmenthema des letzten Bandes „Canada in the Americas“ an und beschäftigt sich mit den Kurzgeschichten der chilenisch-kanadischen Autorin Carmen Rodríguez. Zentrales Thema der in Vancouver lebenden Schriftstellerin, die ihre Texte auf Englisch und Spanisch schreibt, ist der „discourse of the Americas“, der um Themen wie Migration, Akkulturation und kulturelle Differenz kreist. Carmen Rodríguez behandelt diese Themen aus der speziellen Sicht einer *Latina* und verleiht so durch ihre Texte der Gruppe der weiblichen Immigranten aus Südamerika eine Stimme.

Ingrid Neumann-Holzschuh

Wilfried von Bredow

H. Peter Dörrenbächer

Inhalt

Jürgen Erfurt	9	Frankophonie in Kanada – Kanada und die Francophonie
Elke Winter	38	Bridging Unequal Relations, Ethnic Diversity, and the Dream of Unified Nationhood: Multiculturalism in Canada
Devrim Karahasan	58	Métis als „Vielheiten“: Die Ethnogenese kanadischer Mischlinge in Diskursen des 17. bis 20. Jahrhunderts
Ursula Lehmkuhl	78	Canada's Post 9/11 Homeland Security Policy: An exercise in multilevel governance, private sector involvement and civic engagement
Eugenie A. Samier	103	Canadian Federal Mandarin Memoirs: On the Formation of the Public Service Ethos
Manuel Meune	120	Les « amis de la RDA » au Canada : Horst Döhler et le <i>Komitee Kanada-DDR</i> face à la <i>Liga für Völkerfreundschaft</i>
Yves Laberge	137	Pourquoi n'existait-il pas de production cinématographique au Québec avant 1940 ?
Angelica Rieger	148	Zwischen Emanzipation und Selbstentfremdung: Lektüre als konfliktives Moment im narrativen Werk Gabrielle Roys
Helga Bories-Sawala	166	Verständigungsschwierigkeiten: Zur Berichterstattung über Québec in deutschen Tageszeitungen
Jessica Gevers	181	<i>Trespassing the Limits / Traspasando los límites</i> Die literarischen Texte der chilenisch-kanadischen Autorin Carmen Rodriguez
BESPRECHUNGEN/REVIEWS/ COMPTES RENDUS	197	Titel siehe nächste Seite
AUTOREN UND REZENSENTEN	204	
HINWEISE FÜR AUTOREN	205	

Steffi Retzlaff, *Tradition, Solidarity and Empowerment: The Native Discourse in Canada. An Analysis of Native News Representations*, Stuttgart: ibidem, 2005 (Helmut Johannes Vollmer/Genevieve Susemihl)

Jürgen Erfurt, *Frankophonie. Sprache – Diskurs – Politik*. Tübingen, Basel: A. Francke, 2005 (Hans-Jürgen Lüsebrink)

Lesley Biggs/Pamela Downe (eds.), *Gendered Intersections. An Introduction to Women's and Gender Studies*, Halifax: Fernwood 2005 (Monika Reif-Hülser)

JÜRGEN ERFURT

Frankophonie in Kanada – Kanada und die Francophonie

Abstract

The aim of this article is to identify the discursive dynamics in francophone areas in Canada, including the interests and conflicts of the actors and institutions in Canada. A further aim is to portray Francophonie in its role as global actor in political, economic, and cultural relations. The article will show how the politicisation and bureaucratisation of Francophonie led to its transformation into a platform for competing forms of nationalism as well as for global engagement and the enforcement of specific social norms and values. Finally, the text outlines the glottopolitical discourses that constitute Canadian Francophonie.

Résumé

L'objectif de ma contribution est d'analyser la dynamique discursive dans les espaces francophones au Canada en mettant l'accent sur leurs acteurs et leurs institutions ainsi que les intérêts et les conflits qu'ils représentent. De plus, je m'appliquerai à souligner le rôle que joue la Francophonie en tant qu'acteur global au niveau des relations politiques, économiques et culturelles. Je montrerai que la Francophonie, dans le cadre des processus de politisation et de bureaucratisation, constitue une plate-forme tant pour les nationalismes en présence que pour un engagement global et l'émergence de valeurs et de normes sociales. Enfin, je mettrai en évidence les discours glottopolitiques qui constituent la francophonie canadienne.

1. Leitfragen, Gegenstand und Ziele

Das Thema Kanada und die Frankophonie bietet Raum für eine Vielzahl von Fragestellungen. Auf den ersten Blick lassen sie sich in zwei Richtungen bündeln, die auf eine Unterscheidung zwischen einer nationalen und einer internationalen Perspektive hinauslaufen: Mit dem Focus auf Kanada lässt sich die Frankophonie in Kanada? Wie verhalten sich die Frankophonie in Québec und die Frankophonien in den anderen Provinzen Kanadas zueinander, und wie ist deren Verhältnis zur Bundesregierung? Und nicht zuletzt wäre zu fragen: Was bedeutet es, als Franko-

phone/r in Kanada zu leben? Ein anderes Bündel von Fragen lädt zur Diskussion der Rolle Kanadas und der kanadischen Francophonien im Rahmen der internationalen Francophonie ein. Welche Rolle spielt Kanada als ein Staat, dessen (eine) offizielle Sprache das Französische ist, und welche Rolle spielen die Provinzen Québec und Nouveau-Brunswick/New Brunswick (N.-B.) im Konzert der internationalen Francophonie? Zugleich gibt es guten Grund, danach zu fragen, welche Rolle eigentlich das Französische für die Francophonie¹ spielt, auf deren Agenda längst nicht mehr nur die französische Sprache als einigendes Band zwischen einer großen Zahl von Staaten steht. Welche kulturellen, wirtschaftlichen, politischen, rechtlichen etc. Interessen verfolgen insbesondere die kanadischen Akteure der Francophonie auf internationalem Parkett, und wie wirkt dieses Engagement auf die innerkanadischen Beziehungen zurück? Welche Prinzipien und Werte, welche Erfahrungen und welche Programme der Kooperation bringen sie in die Gestaltung der internationalen Beziehungen ein? Welche Auswirkungen hat dies auf die Verfassung der frankophonen Gemeinschaften und die Diskussion über die französische Sprache in Kanada?

Diese beiden Bündel von Fragen beziehen sich auf historisch-soziale Verhältnisse. Und da Geschichte und soziale Phänomene, die Sprache eingeschlossen, nie einfach so existieren, sondern immer von Menschen ‚gemacht‘ sind, muss es darum gehen, in der Diskussion auch eine dezidiert historische Betrachtungsweise zu verfolgen, die das diskursive Handeln der Akteure der Francophonie im historischen Wandel sichtbar macht. Welche Interessen verfolgen die Akteure der Francophonie, und welche Konflikte tragen sie innerhalb und außerhalb der Institutionen der Francophonie aus? Wie materialisiert sich dieses diskursive Handeln in der Schaffung von Strukturen und von Institutionen der Francophonie? Welche Brüche zeichnen sich im diskursiven Wandel ab und welche Kontinuitäten?

Der Aufbau des Beitrags orientiert sich an den hier aufgeworfenen Fragen. Abschnitt 2 rückt zunächst die Problematik von Diversität und Heterogenität in der Francophonie in den Mittelpunkt, wobei die Situation der kanadischen und der Québecer Francophonie als Referenzpunkt verwendet wird, um schließlich eine Antwort auf die Frage zu geben, was Francophonie bedeutet. Abschnitt 3 rekonstruiert einige Achsen der Institutionalisierungsprozesse in der internationalen Francophonie von Beginn der 1960er Jahre bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt. Er mündet in die Formulierung von zwei Thesen zur Politisierung kultureller Beziehungen und zur Bürokratisierung in der Francophonie. Im Spannungsfeld dieser beiden Thesen werden dann im 4. Abschnitt die Transformations- und Institutionalisierungsprozesse in der Francophonie Kanadas und Québecs im Kontext der Sprachpolitik seit Beginn der 1960er Jahre dargestellt. Anhand von Fallstudien werde ich zeigen, wie sich die Gemeinschaften der *Canadiens français* organisieren, wie seit den 1970er Jahren die frankophonen Angelegenheiten in die Staatsapparate des Bundes und der Provinzen integriert werden und wie ihre Verstaatlichung

1 Wenn im weiteren Text auch im Deutschen die Schreibung *Francophonie* erscheint, so ist von der politischen Dimension der ‚Francophonie‘ die Rede, die im Wesentlichen durch die *Organisation internationale de la Francophonie* (OIF) repräsentiert wird. Vgl. auch Abschnitt 2 zur begrifflichen Differenzierung von ‚Francophonie‘ und ‚Francophonie‘.

voranschreitet. Hierbei verdient die Dialektik von nationalen und internationalen Interessen der sprachpolitischen Akteure Aufmerksamkeit. Es wird gezeigt, wie sich die Francophonie im Zuge ihrer Politisierung und Bürokratisierung in eine Plattform sowohl für konkurrierende Nationalismen als auch für globales Engagement und die Durchsetzung bestimmter sozialer Werte verwandelt. Abschnitt 5 stellt einen Versuch dar, die sprachpolitischen Diskurse, die die kanadische Francophonie konstituieren, zusammenzufassen.

Die Datenbasis für diesen Beitrag geht auf umfangreiche Forschungen im frankophonen Minderheitenmilieu in Ontario und der Acadie² zurück, auf Studien zu ethnokulturellen Gemeinschaften und zur Sprachpolitik in Québec und Ontario³ sowie zur Problematik von Transkulturalität und Hybridität im frankophonen Raum.⁴ Dazu komplementär liegt mit Erfurt 2005a eine Studie über die Transformationsprozesse in der internationalen Francophonie vor. In Abschnitt 2 knüpft die Argumentation an M. Tétus (1996) und D. Agers (1996) Ausführungen über Kanada und die Francophonie an.

Das Ziel des Beitrags besteht darin, die diskursive Dynamik in frankophonen Räumen Kanadas mit ihren Akteuren und Institutionen, mit ihren Interessen und Konflikten herauszuarbeiten. Gleichzeitig geht es darum, die Francophonie in ihrer Rolle als globaler Akteur der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen darzustellen. Für die Analyse von Sprachpolitik ist dabei von Bedeutung, wie sich Prozesse der Globalisierung in einer Vielzahl von Spannungs- und Konfliktfeldern artikulieren und welche Rolle ein kulturelles Phänomen wie die Sprache in der sozialen Organisation von Gemeinschaften, Staaten und Staatenbündnissen spielt.

2. Heterogenität und Diversität in der Francophonie

Das Verhältnis von Kanada und der Francophonie zu analysieren, bedeutet von vornherein, sich auf Heterogenität und Diversität in Bereichen der gesellschaftlichen Entwicklung, der Ökonomie, der Geschichte, der kulturräumlichen Geographie und Demographie und nicht zuletzt der Sprachen einzulassen und dies im globalen Kontext zu betrachten. Wie alle Gemeinschaften sind auch jene der Francophonie fern davon, ein sozial und sprachlich homogenes Gebilde zu sein. Vielmehr ist sie in ihrer Heterogenität als eine spannungsgeladene diskursive Konstruktion zu begreifen. Die Heterogenität entsteht dadurch, dass Individuen und soziale Gruppen die französische Sprache und Kultur im Bourdieuschen Sinne als Feld der sozialen Identifikation, als kulturelle Ressource, als Marktplatz und als kulturelles Kapital konstruieren und dabei Prozesse der Aufwertung oder Abwertung, der Abgrenzung oder Integration in Gang setzen. Als Demarkationslinie stellt sich die Francophonie insoweit dar, als die Sprachpraxis des Französischen und ihre Bewertung, durch Frankophone selbst wie durch Sprecher anderer Spra-

2 Vgl. u. a. Erfurt 1998, 1999, 2000a, 2000b, Erfurt/Heller/Labrie 2001 sowie den Band zum Projekt *Prise de parole. La construction discursive de l'espace francophone en Amérique du Nord*;

vgl. Heller/Labrie (Hg.) 2003.

3 Vgl. Erfurt 2000, 2006.

4 Vgl. Erfurt 2005b.

chen, Fragen der Zugehörigkeit zu oder des Ausschlusses aus einer Gemeinschaft, Fragen der sozialen Legitimität und der Identität der Sprecher aufwerfen. Das Phänomen der Francophonie ist jedoch auch in anderer Hinsicht komplex: In der Phase der Entkolonialisierung und der Neugestaltung der internationalen Beziehungen, insbesondere seit Beginn der 1960er Jahre, stellte die Französischsprachigkeit unter den Eliten in Afrika, Nordamerika, Asien und nicht zuletzt in Europa die Basis für ein transnationales und intergouvernementales Beziehungsgeflecht zu nächst auf Gebieten von Bildung, Wissenschaft und Kultur dar. Im Anschluss an den ersten bedeutsamen Prozess der Institutionalisierung dieser Beziehungen in Form der Gründung der *Agence de coopération culturelle et technique* (1970) forcierte Frankreich Mitte der 1980er Jahre einen Prozess der Verstaatlichung der Francophonie und im folgenden Jahrzehnt ihre Transformation zu einem globalen politischen Akteur, der heute durch die *Organisation internationale de la Francophonie* (OIF) repräsentiert wird.

Für die Analyse der Beziehung zwischen Kanada und der Francophonie sollen einige Sachverhalte als bekannt und wenig strittig vorausgesetzt werden. Sie hier zu erwähnen, hat seinen Sinn darin, sie als Referenzpunkte für die weitere Argumentation zu nutzen.

a) Im globalen Kontext betrachtet gilt heute die *Organisation internationale de la Francophonie* (OIF) als bedeutendster politischer Akteur und als Repräsentant der französischsprachigen Kultur. Ihr gehören zur Zeit 68 Staaten und Regierungen an. Kanada ist in der OIF dreifach vertreten: durch die Mitgliedschaft von Kanada, von Québec und von Nouveau-Brunswick, ähnlich wie dies auch für die Mitgliedschaft von Belgien als föderalem Staat und für die Regierung der *Communauté française de Belgique* geregelt ist. Kanada gehört zu den 29 Ländern der Erde, in denen das Französische offizielle Sprache ist und die alle auch Mitglieder der OIF sind. Zur OIF gehören indessen auch zahlreiche Mitgliedsstaaten – insgesamt sind es 39 der 68 –, die nicht offiziell französischsprachig sind. Andere Staaten wiederum, in denen das Französische ebenfalls verbreitet ist – wie etwa im US-Bundesstaat Louisiana, in Italiens autonomer Region Val d'Aoste – und wo es sogar eine bedeutende Rolle im gesellschaftlichen Leben spielt – wie in Algerien –, gehören der OIF nicht an. Bemerkenswert ist zugleich der Sachverhalt, dass von den 27 Ländern, die seit 1990 der OIF beigetreten sind, mit Ausnahme der Schweiz keines offiziell französischsprachig ist. Bis 1989 war dies noch anders. Für die Mitgliedschaft in der OIF ist es seit Beginn der 1990er Jahre offensichtlich sekundär geworden, welchen Status und welche Verbreitung die französische Sprache in dem jeweiligen Land hat. Dies weist uns auf einen Transformationsprozess hin, der im Weiteren noch ausführlich diskutiert wird.

b) Kanada ist als zweitgrößter Flächenstaat der Erde das größte Land der Francophonie. Mit einer Fläche von 9,9 Mio. km² ist Kanada reichlich vier Mal so groß wie die D.R. Kongo, 18-mal so groß wie Frankreich, 22.000-mal so groß wie Andorra und 5 Mio. Mal so groß wie Monaco, um es nur mit wenigen anderen Mitgliedsstaaten der OIF zu vergleichen. Aufgrund dieses Sachverhalts wächst Kanada ein geostrategisches Prestige in vielen Bereichen wie Umwelt, Energie, Infrastruktur-entwicklung, Naturreourcen u. a. zu. Gleichzeitig ist Kanada ein wenig bevölker-

ter Staat, der mit ca. 31 Mio. etwa ebenso viele Einwohner hat wie Algerien und Marokko, deutlich weniger als Frankreich (59 Mio.) oder die D.R. Kongo (50,5 Mio.) und viel weniger als Vietnam (78 Mio.). In dieser Spannung zwischen gigantischen Naturräumen und geringer Bevölkerung definierte sich Kanada traditionell als Einwanderungsland. Seit gut einem Jahrzehnt betreibt Kanada eine gezielte und selektive Immigrationspolitik, die neben humanitären Kriterien besonders solchen der wirtschaftlichen Entwicklung und – auf Forderung von Québec – auch der Sprache Rechnung trägt. Die demographische Stützung der Francophonie in Kanada und Québec durch frankophone oder frankophile Immigranten ist dabei erklärtes Ziel.

c) Kanada ist einer der reichsten Staaten der Erde und ein Land mit einer hohen Lebensqualität: Kanada gehört neben Frankreich, den USA, Japan, Großbritannien, Deutschland, Italien und Russland zu den G8-Staaten. Seine international herausragende wirtschaftliche Position drückt sich nicht zuletzt auch in der Lebensqualität aus, wie sie im Human Development Report (HDR) der Vereinten Nationen erfasst wird: Unter den 177 Staaten, die die UNO im HDR auflistet, befindet sich im Jahr 2005 Kanada – nach Norwegen, Island, Australien und Luxemburg – auf Rang fünf und steht vor den anderen Mitgliedsstaaten der OIF wie der Schweiz (7), Belgien (9), Frankreich (16), Griechenland (24), Slowenien (26), Tschechien (31), Ungarn (35), Litauen (39), den Seychellen (51) und Bulgarien (55). Alle diese Länder, deren Bezug zur Francophonie im Weiteren noch diskutiert wird, gelten als Staaten der Kategorie „High Human Development“. Am unteren Ende der UNO-Statistik befinden sich auf den Rängen 146 bis 177, d.h. in der Gruppe der 32 Staaten mit einem „Low Human Development“, immerhin 18 Mitgliedsstaaten der OIF, darunter Madagaskar (146), Kamerun (148), Senegal (157), Côte d'Ivoire (163), D.R. Kongo (167), Tschad (173), Mali (174), Burkina Faso (175) und Niger (177) (vgl. UNO 2005, 223-227). Zur Francophonie zählen folglich neben einer geringen Zahl von hochentwickelten Ländern eine große Zahl extrem armer und gering entwickelter Staaten.

d) In seiner Geschichte war Kanada von 1534 bis 1763 als *Nouvelle France* eine Kolonie Frankreichs und gehörte später auch über die Gründung des Staates im Jahre 1867 hinaus – bis 1982 – zum britischen Empire. Selbst war Kanada – anders als Frankreich und Belgien – nie Kolonialmacht, weshalb die Politik dieses Landes, anders als die Frankreichs oder Belgiens, nicht in den Verdacht gerät, neokoloniale Interessen zu verfolgen. Kanada kommt deshalb – aber keineswegs nur deshalb – in Afrika und Asien ein hohes Maß an Glaubwürdigkeit bei der Gestaltung der internationalen Beziehungen zu.

e) Kanada ist ein föderaler und demokratisch verfasster Staat, ähnlich wie die Schweiz oder wie Belgien. Kanada funktioniert damit anders als das zentralstaatlich organisierte Frankreich, und dies wiederum ganz anders als Monarchien wie Marokko oder als eine Vielzahl anderer Mitgliedsländer der OIF, deren gegenwärtige Machthaber durch Militärputsch oder Staatsstreich die Macht erlangt haben oder in denen seit Jahrzehnten das öffentliche Leben von Krieg, marodierenden Kinderbanden und Barbarei gezeichnet ist. Kanada verkörpert in der Francophonie einen Staatstyp, dessen Werte und Prinzipien mit der Charta der OIF von 1997 als

Gemeingut oder besser: als Zielgrößen definiert wurden, auch wenn die gegenwärtige politische Realität insbesondere in Afrika eine andere ist.

f) In Kanada selbst – ebenso wie in vielen anderen Ländern der Francophonie – ist die Sprachendiskussion politisch und emotional stark aufgeladen. Die Sprachkonflikte zwischen den Gemeinschaften der Frankophonen und der Anglophonen einerseits und zwischen diesen beiden Sprachen der einstigen Kolonialmächte und denen der amerikanischen Völker Nordamerikas andererseits sind Legende. Hinzu kommen weitere konfliktgeladene Situationen im Kontext der Immigration. Kanada ist seit 1969 ein offiziell zweisprachiger Staat, der auf der Ebene des Bundes und seiner Institutionen in Englisch und Französisch funktioniert. Ein offiziell zweisprachiges Kanada bedeutet jedoch nicht, dass auch seine Bürger zweisprachig wären. Ganz im Gegenteil. Quer durch Kanada dominiert die Einsprachigkeit in Englisch oder in Französisch, wobei unter den Frankophonen immerhin noch ein relativ großer Teil zweisprachig ist. Die offizielle Zweisprachigkeit Kanadas gilt somit als die Antwort des Staates auf die zweimalige Einsprachigkeit seiner Bürger. Französisch ist neben seiner Funktion als offizielle Sprache die größte Minderheitensprache Kanadas. In der Provinz Québec ist es die Sprache der Bevölkerungsmehrheit: 81,4 % bzw. 5,8 Mio. sind frankophon. In den anderen Provinzen Kanadas liegt der Anteil der Frankophonen an der Gesamtbevölkerung zwischen 33,3 % in N.-B. (0,2 Mio.), 4,5 % in Ontario (0,5 Mio.) und ansonsten 0,5–4,4 % in den übrigen (vgl. Paillé, im Druck).

g) Französisch gilt als eine der weltweit verbreiteten Sprachen, auch jenseits von Ländern, die der OIF angehören, so, wie bereits erwähnt, in Algerien, Louisiana, in der norditalienischen Region Val d'Aoste, aber auch auf den zu Großbritannien gehörenden anglo-normannischen Inseln Jersey und Guernsey, in den ehemaligen französischen Handelskontoren auf dem indischen Subkontinent oder auf den südpazifischen Inseln wie z. B. in Neukaledonien. Weltweit sprechen ca. 170 Mio. Menschen Französisch als Erst- oder als Zweitsprache. Hierbei nicht berücksichtigt ist, dass es eine der häufig gelehrteten schulischen Fremdsprachen in der ganzen Welt ist. In vielen Ländern und insbesondere in jenen des subsaharischen Afrikas, in denen das Französische offizielle Sprache ist, gehört es als Zweit- oder Drittsprache zum sprachlichen Repertoire der Sprecher und gilt als Sprache der sozialen Eliten und des gesellschaftlichen Aufstiegs. Anders ist die Situation in Kanada, wo für 7,3 Mio. der insgesamt 31 Mio. Kanadier das Französische die Erstsprache und für weitere 3 Mio. die Zweitsprache ist. Zugleich wissen wir, dass die Unterschiede in der Art, Französisch zu sprechen, sehr groß sind. Ein Bauer in der Picardie, eine Angehörige der gebildeten Mittelschicht in Paris, ein französisch sprechender Bankangestellter in Dakar, eine Schülerin in Abidjan oder ein Arbeiter in einer Brauerei in Montréal artikulieren sich auf sehr verschiedene Weise. Der Arbeiter in Montréal, die gebildete Pariserin und all die anderen unterscheiden sich nicht nur danach, wie sie Französisch sprechen oder auch schreiben, sondern auch, in welchen Sprachen sie ansonsten noch mündlich oder schriftlich kommunizieren und welche Identifikationsprozesse mit der jeweiligen Sprachpraxis verbunden sind. Welche Varietät des Französischen dabei als die „richtige“, die „angemessene“ oder die „prestigeträchtige“ gilt, wer als legitimer Sprecher des Französischen

anzusehen ist, das sind Problemfelder, die nicht selten zu Sprachkonflikten führen und wo die – zumindest in Kanada und in Québec – sprachpolitische Intervention gesellschaftlicher Akteure wie Schulen, Universitäten, Ministerien, Verbände, Kirchen, Assoziationen, wie des *Office québécois de la langue française* (OQLF) oder *Radio Canada* ansetzen. So ist es eine zentrale Achse des nationalstaatlichen Projekts in Québec, regelnd und normierend in die öffentliche Sprachpraxis einzugreifen und einen sprachlichen Standard zu formulieren, der dem Sachverhalt Rechnung trägt, dass sich das Französische in Nordamerika anders entwickelt hat und heute unter anderen Verhältnissen gesprochen und geschrieben wird als das Französische in Frankreich, in Belgien oder im Senegal. Als Termini für diese Varietät werden im frankophonen Kanada oft solche wie *le standard d'ici* – ‚ici‘ meint Québec – oder *le français international* verwendet. Beide Begriffe sind problematisch und zwischen den Fraktionen der sprachlich-hegemonischen Schicht wenig konsensfähig, wie sich leicht an dem auch in den Massenmedien ausgetragenen Dauerstreit um die Wörterbücher in Québec ablesen lässt.

Für eine exemplarische Illustration dessen, was Heterogenität und Diversität im frankophonen Raum bedeuten, sollen diese Angaben vorerst genügen. Aus ihnen lassen sich – in Form eines zwischenzeitlichen Fazits – einige zentrale Aspekte dessen herleiten, was Frankophonie bedeutet (vgl. Erfurt 2005a, 161ff.). Die Frankophonie ist ein sich in sozialer, kultureller, wirtschaftlicher und politischer Hinsicht stark unterscheidender diskursiver Raum, der durch Multikulturalität und Mehrsprachigkeit geprägt ist und in dem sich die französische Sprache und Kultur als symbolisches wie faktisches Feld für Prozesse der Ein- oder Ausgrenzung, der Hierarchisierung und der sozialen Bewertung erweist. Als Lebens- und Kommunikationsraum ist die Frankophonie von der Koexistenz verschiedener Völkerschaften mit ihren Sprachen, Religionen und Geschichten, mit ihren ethnischen oder rassischen Zuschreibungen, mit ihren Werten und Normen geprägt. Die Frankophonie als sozialer Raum hat vielfältige Diskurse und Formen sozialer Konstruktion wie Herrschafts-, Dominanz- und Dependenzverhältnisse, Institutionen, Organisationen und Staatenbündnisse generiert und wird durch diese strukturiert. Hervorgegangen aus einer gut dreihundertfünfzigjährigen Kolonialgeschichte Frankreichs (1604 bis 1962) und später auch Belgiens (Kolonialmacht von 1885 bis 1960), zu deren Hinterlassenschaft nicht nur die Verbreitung französischer Sprache und Kultur in Übersee, sondern auch die bis heute komplizierten politischen, ökonomischen und kulturellen Beziehungen zu den Staaten und Gebieten des einstigen Imperiums gehören, entfaltet sich die Francophonie seit Ende des Kolonialismus als ein kulturelles Medium zur Gestaltung internationaler Beziehungen.

Um die verschiedenen kulturellen, sprachlichen und politischen Realitäten, die sich mit dem Wort Frankophonie verbinden, besser unterscheiden zu können, wird im französischsprachigen Raum die Graphie zu Hilfe genommen. Zum einen steht die Schreibung *la francophonie* – mit kleinem f – für die Gesamtheit der Völker und Gemeinschaften – meist jedoch bezogen auf jene außerhalb Frankreichs –, die in ihrer alltäglichen Lebenspraxis immer oder partiell das Französische verwenden. Französischsprachige Gemeinschaften verteilen sich über mehrere Kontinente: Europa, Nord- und Mittelamerika, Afrika und Asien. Zum anderen bezeichnet der

Terminus *la Francophonie* – mit großem F – die internationale politische Organisation von Staaten und Regierungen sowie einer Vielzahl von Institutionen, die sich in der *Organisation internationale de la Francophonie* (OIF) zusammengeschlossen haben. In dieser Organisation stellt das Französische – als Nationalsprache, offizielle Sprache, Sprache der internationalen Kommunikation, Arbeitssprache oder Kultursprache – das einigende Band dar. Die Ziele der Organisation sind primär politischer, wirtschaftlicher und kultureller Natur. Wie weiter oben bereits eingeführt, gehören der OIF 68 Staaten und Regierungen an, darunter 13 mit Beobachterstatus und zwei assoziierte Mitglieder. Unter diesen befinden sich eine ganze Reihe, die sich zu einer französisch geprägten Wertegemeinschaft bekennen, aber nicht französischsprachig sind: Bulgarien, Rumänien, Mazedonien, Moldova, Litauen, Polen, Laos, Vietnam, Kapverden, Griechenland, Österreich, Ungarn, Slowenien, Armenien, Georgien oder wie die Ende September 2006 neu aufgenommenen Mitgliedsstaaten Ghana und Zypern (als assoziierte Mitglieder) sowie Mosambik, Serbien und die Ukraine (als Beobachter). In anderen Ländern hingegen, wie im Libanon oder in Algerien, hat das Französische keinen offiziellen Status, ist aber weit verbreitet und hat in einzelnen Kommunikationsbereichen wie Medien und universitärer Bildung eine zentrale Bedeutung. Aus historischen Gründen gehört Algerien nicht der OIF an. Viele afrikanische Staaten wiederum sind offiziell französischsprachig, ihre Bevölkerungen jenseits der gesellschaftlichen Eliten sind es nur zu einem geringen Prozentsatz.

3. Institutionalisierungs- und Transformationsprozesse in der Francophonie

Die frühen 1960er Jahre sind für die Konstitution des Diskurses der Francophonie und für das Aufgehen der Gründungs-idee im Prozess ihrer Institutionalisierung bedeutsam und widersprüchlich zugleich. Kaum dass Frankreich und Belgien ihre Rolle als Kolonialmächte aufgeben müssen und zahlreiche afrikanische Staaten ihre Unabhängigkeit erlangen, sind es afrikanische Politiker, die als Initiatoren einer neuen Solidarität zwischen den französisch sprechenden Ländern und der vormaligen Kolonialmacht in Erscheinung treten. Diesen Sachverhalt schreibt L. S. Senghor der gesellschaftlichen Situation in den afrikanischen Ländern zu, die weitaus mehr noch ökonomisch oder politisch auf die Unabhängigkeit vorbereitet gewesen seien (u. a. Senghor 1980, 242). Wie an anderer Stelle ausführlich dargestellt (vgl. Erfurt 2005a, 122-142), nimmt Anfang der 1960er Jahre die Institutionalisierung der Francophonie mit der Gründung der *Conférence des ministres de l'Éducation nationale* (CONFEMEN), der *Association des universités partiellement ou entièrement de langue française* (AUPELF) und zahlreicher weiterer Organisationen deutliche Konturen an. Sie mündet schließlich am Ende dieses Jahrzehnts in die Gründung der *Agence de coopération culturelle et technique* (ACCT). Diese mied zwar aus Rücksicht auf neokoloniale Empfindlichkeiten noch jede explizite Nennung des Wortes Francophonie im Titel, sie entwickelte sich aber unter der Ägide des Québecers Jean-Marc Léger zur wichtigsten intergouvernementalen Agentur der Francophonie für technische, kulturelle, wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit von frankophonen bzw. partiell frankophonen Ländern auf Minister-

Im Prozess der Institutionalisierung der Francophonie erlangt die Initiative von F. Mitterrand zentrale Bedeutung, der im Rahmen seines Wahlkampfes 1985/1986 den außenpolitischen Erfolg sucht, indem er die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsländer der ACCT im Februar 1986 zu einer Gipfelkonferenz nach Versailles einlädt. F. Mitterrands Initiative zu dieser ersten Konferenz bedeutet einerseits, dass neben die ACCT ein internationales Forum auf höchster politischer Ebene tritt. Langfristig bedeutet sie andererseits, dass die Francophonie als politischer Begriff der internationalen Beziehungen entbäuhert wird, indem Mitterrand sie als offizielle Dimension der französischen Außenpolitik einführt und sie im Staatsapparat institutionell verankert. Wenn im Weiteren von Verstaatlichung der Francophonie die Rede ist, so soll damit der Prozess bezeichnet werden, in dem die Francophonie zu einem Betätigungsfeld der offiziellen Staatspolitik ausformuliert wird. Gleichzeitig wird sie in die Verwaltungsstrukturen des Staates integriert, und dies nicht nur in Frankreich, sondern auch in den Staatsapparaten der Mitglieds-

länder. Kaum dass die politische Organisation der Francophonie auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs aus der Taufe gehoben ist, muss sie sich dem weltgeschichtlichen Wandel stellen, der Anfang der 1990er Jahre zu gravierenden Veränderungen in den politischen Bündnisystemen und nicht zuletzt auch im Selbstverständnis der Francophonie führen sollte. Das Ende des Kalten Krieges, der Zusammenbruch der Sowjetunion, das Scheitern der sozialistischen Gesellschaften in Mittel- und Osteuropa und die daraus resultierenden Konsequenzen für zahlreiche Staaten in Asien und Afrika lässt ein weltpolitisches Vakuum entstehen, das die großmächtigen Konkurrenten, darunter Frankreich und die USA, zum Handeln zwingt. So werden zur Gipfelkonferenz in Paris im November 1991 Rumänien, Bulgarien und Kambodscha als neue Mitgliedsstaaten in die Francophonie aufgenommen und damit der Prozess ihrer Ausweitung auf nicht-frankophone Staaten eingeleitet. Das Gipfeltreffen (*sommet de la Francophonie*) von 1991 ist aber auch in anderer Hinsicht bedeutsam: Die Mitgliedsstaaten verabschieden Resolutionen zum israelisch-arabischen Konflikt, zur Lage in Haiti und zu den Militärputschen und Kriegen in einigen afrikanischen Ländern, womit die von der ACCT 1970 proklamierte „strikte Neutralität in politischen und ideologischen Fragen“ der Geschichte angehört. Wie soll sie sich nun auf die Neuordnung der Einflussphären in der Welt, auf die Auswirkungen der Globalisierung und des Neoliberalismus einstellen? In Cotonou 1995 verabschieden die Staats- und Regierungschefs ein Programm, um der Francophonie „sa pleine dimension politique“⁵ zu verleihen. Was darunter zu verstehen ist, lässt sich mit Stichwörtern wie Rationalisierung, effektive Leitungsstrukturen, Subsidiarität, Operativität nur andeuten – gemeint ist letztlich, die Francophonie zu einem Akteur der Globalisierung umzubauen, der aktiv in die Gestaltung der internationalen Beziehungen einzugreifen in der Lage ist. Zugleich implizierte die „Entfaltung ihrer politischen Dimension“, dass die aus dem Jahre 1970 stammende Charta der ACCT gänzlich überarbeitet

5 Actes de la sixième Conférence des chefs d'État et de gouvernement des pays ayant le français en partage, décembre 1995, Paris: Agence de la Francophonie 1995.

werden musste, lag es doch in der Absicht Frankreichs, eine pyramidale Struktur der Über- bzw. Unterordnung (Subsidiarität) mit einem Generalsekretär an der Spitze durchzusetzen. Das bis dahin funktionierende und weitgehend supranational agierende Koordinations- und Machtzentrum, die ACCT, wurde entmachtet, indem sie als *Agence de la Francophonie* in eine operative Instanz überführt und dem Generalsekretär unterstellt wurde. 1996 nimmt die Ministerkonferenz der Francophonie eine neue *Charte de la Francophonie* an. Auf der 7. Gipfelkonferenz in Hanoi 1997 wird die eingeleitete Reorganisation offiziellisiert. Der frühere UN-Generalsekretär Boutros-Ghali wird zum Generalsekretär der Francophonie gewählt, der fortan die Einheit aller Gremien und Institutionen repräsentiert, die seitdem unter dem Namen *Organisation internationale de la Francophonie* (OIF) agieren.

Unterdessen geht – nun in Verantwortung des 2002 gewählten Generalsekretär Abdou Diouf – der Umbau der Verwaltungsstrukturen in der OIF weiter. Aktuelles Beispiel dafür ist die im November 2005 von der Ministerkonferenz der Francophonie in Madagaskar beschlossene neue Charta der OIF, die mit der Schaffung eines Postens des *Administrateur* sowie eines *Conseil de coopération* (vgl. Art. 8) das Prinzip der Subsidiarität und der Hierarchieebenen verstärkt, die Macht der *Agence intergouvernementale de la Francophonie* (AIF) erneut beschneidet und damit den pyramidalen Aufbau straft. Für das Amt der neuen Nummer zwei, den *Administrateur de l'OIF*, nominierte der Generalsekretär A. Diouf den Québecer Diplomaten Clément Duhaime, der sein Amt im Januar 2006 angetreten hat. Mit dem Ende September 2006 in Bukarest veranstalteten XI. Gipfeltreffen führt die OIF nicht nur ihren Kurs der Erweiterung fort, indem fünf neue Mitglieder (siehe oben) aufgenommen werden. Als Instanz der Willensbildung und der Koordinierung in politischen und kulturellen Fragen setzt das Gipfeltreffen die Leitbegriffe Bildung und Informationstechnologie auf die Agenda und rückt damit die gravierenden Bildungsprobleme insbesondere in den Ländern des Südens in den Mittelpunkt.

Die Argumentation in diesem Abschnitt soll mit den beiden folgenden Thesen (vgl. dazu Erfurt 2005a, 119ff.) zusammengefasst werden.

Erstens die Politisierungsthese: Die Geschichte der Francophonie seit Beginn der 1960er Jahre ist die der wachsenden Politisierung des kulturellen Diskurses und die Ablösung seiner Akteure durch eine professionelle und bürokratische Elite. Die Politisierung tritt auf dreifache Weise zu Tage: zum einen in einer Transformation des Ideenmonopols in der Frühphase der Francophonie, das außerhalb Frankreichs und insbesondere unter den intellektuellen Eliten in Afrika und Québec angesiedelt war, in ein Definitions- und Machtmonopol der bürokratischen Elite innerhalb Frankreichs in den 1980er Jahren. Zum zweiten drückt sich die Politisierung in der Transformation von kulturellen Beziehungen auf der Basis einer gemeinsamen Sprache in transnationale politische Beziehungen, unter partieller Vernachlässigung der Sprache, aus. Das Ziel dieser Transformation besteht darin, die internationalen Einflussphären zu reorganisieren. Und drittens zeigt sich die Politisierung darin, wie multilaterale politische Beziehungen in die Gründung von Institutionen überführt werden, die Ausdruck von politischem Willen sind, die selbst Politik gestalten (Bildungspolitik, Umweltpolitik, Medienpolitik, Sprachpolitik usw.) und die wiederum Gegenstand von politischen Transformationen sind. Letzteres zeigt

sich an den vielfältigen Umstrukturierungen von Institutionen und von Projektbereichen der Francophonie im Laufe des letzten Jahrzehnts.

Zweitens die Professionalisierungs- und Bürokratisierungsthese. Sie besagt, dass die Francophonie, indem sie Prozesse der Institutionalisierung, Verstaatlichung und Globalisierung aktiv betreibt, sowohl Spezialisierungs- als auch Effizienzrängen unterworfen ist. Der von ihr geschaffene institutionelle Apparat verlangt einerseits hohes Verwaltungsaufkommen und erzeugt andererseits Verstetigung und Verharrung. In dem Maße, wie die Institutionen der Francophonie an Vielfalt und Breite gewinnen, nimmt auf der personellen Ebene die Rekrutierung von Fachleuten für eine wachsende Zahl von Praxisfeldern zu. Gleichzeitig kommen Analyse- und Strategiebildungsprozesse in Gang, die wiederum als ein Aspekt der Effizienzrängen dem Sachverhalt Rechnung tragen, dass die Francophonie vor allem für den französischen Staat ein kostspieliges Unternehmen ist. Sie stellt somit nicht nur ein Feld für berufliche Karrieren und für die Verwertung von Bildungsressourcen dar, sondern unter dem Einfluss des Neoliberalismus auch eines für die Durchsetzung von Verwaltungsstrukturen, effizienteren bürokratischen Abläufen und Kontrolle. Der Umbau der Francophonie zur OIF und die Einführung einer pyramidalen Struktur von Hierarchieebenen in den letzten Jahren belegen dies geradezu exemplarisch.

Im Weiteren möchte ich zeigen, wie sich die in den beiden Thesen ausgedrückten Prozesse der Politisierung einerseits und der Bürokratisierung und Professionalisierung andererseits für die Beziehung von Kanada und Francophonie darstellen. Das Augenmerk liegt dabei darauf, wie sich die *francophonie* in Kanada organisiert und welche Strukturen und Institutionen sie hervorgebracht hat.

4. Institutionen und Akteure der kanadischen Francophonie im Spannungsfeld von Politisierung und Bürokratisierung

4.1 Mit der Wahl des Liberalen Jean Lesage zum Premier der Provinz Québec 1960 unter dem Slogan „C'est le temps que ça change“ bricht sich die *Révolution tranquille* Bahn und leitet die Modernisierung Québecks ein. Anzeichen für den gesellschaftlichen Wandel gibt es bereits in der Nachkriegszeit: Gegen die klerikal-konservative Politik unter M. Duplessis protestieren der Maler Paul-Emile Borduas und eine Gruppe von 15 jungen Künstlern mit der Veröffentlichung des Manifests „Refus global“ (1948); Arbeiter vor allem in der Asbestindustrie (1949) streiken für die Einführung von Sozialmaßnahmen und die Anerkennung der Gewerkschaftsbewegung; Radio Canada führt 1952 das französischsprachige Fernsehprogramm ein und trägt mit Sendungen, die speziell für Québec konzipiert sind, zu einer Förderung des Zusammengehörigkeitsgefühls unter den Québecern bei. Scharfe Kritik an der autokratischen Politik von Duplessis formuliert auch die 1950 von Gérard Pelletier und Pierre Elliot Trudeau gegründete Zeitschrift „Cité Libre“, deren Titel wie ein Echo auf das Manifest „Refus global“ klingt. Mit dem Machtantritt von J. Lesage werden die Weichen für eine Reformpolitik gestellt, deren politische und psychologische Dimension in erster Linie darin besteht, dass sich Québec nicht mehr nur als Minderheitengesellschaft in dem ansonsten anglophonen Staat Kanada versteht, „sondern als ein Ganzes, das seinen Mittelpunkt in sich suchte“

(Weinmann 2002, 443). Mehr noch als alle anderen Projekte versinnbildlicht 1962 die Verstaatlichung von Hydro-Québec, d. h. der gesamten Stromversorgung, den Wahlslogan „Maître chez nous“ des souveränistischen politischen Programms. Die Schaffung eines starken und laizistischen Staates, der sich der Energie- und der Sozialpolitik ebenso annimmt wie der Kultur, der universitären Bildung und der Außenpolitik, ist wohl die bedeutendste Neuerung der Stillen Revolution. In diesem Geiste eröffnet Québec Generalvertretungen – New York und Paris 1961, London 1962 – und Wirtschaftsbüros im Ausland, darunter in Mailand 1965, Boston, Dallas, Chicago, Los Angeles 1969 und Düsseldorf 1970, und engagiert sich insbesondere für eine politische Annäherung an Frankreich. Erstes Ergebnis ist die 1964 gegründete *Commission permanente franco-québécoise*, die die Kooperation im Bereich von Bildung und Erziehung koordiniert. In dem Maße, wie sich in Québec der Nationalismus formiert und unter Daniel Johnson und vor allem unter René Lévesque, Gründer des *Parti Québécois* (1968), Forderungen nach Unabhängigkeit der Provinz laut werden, setzt ein Ringen zwischen der kanadischen Bundesregierung und der Regierung der Provinz Québec um die Kontrolle in der Außenpolitik des Staates ein. Das anglophone dominierte Kanada, zu dieser Zeit allein im Commonwealth aktiv, muss im Juli 1967 den Auftritt des französischen Präsidenten Charles de Gaulle erleben, wie er in Montréal sein berühmt gewordenes „Vive le Québec libre!“ ausruft.⁶ Von den Ovationen der Québecer Bevölkerung beunruhigt, räumt die Bundesregierung Defizite in den außenpolitischen Kontakten zu frankophonen Ländern ein und reagiert darauf mit der Gründung einer *Direction* für frankophone Angelegenheiten.

Die Spannungen zwischen Ottawa und Québec spitzen sich zu, als die Provinzregierung eine Einladung zur Konferenz der Erziehungsminister der frankophonen Staaten (CONFEMEN) im Februar 1968 in Libreville erhält und Québec sich in seiner Zuständigkeit für Bildungsangelegenheiten dort auch ohne die Zustimmung der Bundesregierung vertreten sehen will. Ähnlich verlaufen die Konflikttlinien in den beiden folgenden Jahren, als in Niamey die Gründung der *Agence de coopération culturelle et technique* (ACCT) vorbereitet wird. Auch in dieser Auseinandersetzung zwischen der Bundesregierung und der Regierung Québecs geht es darum, ob Québec als eigenständiger politischer Akteur auf außenpolitischem Parkett aktiv werden darf oder ob die Außenvertretung Kanadas und seiner Provinzen allein der Bundesregierung vorbehalten ist. Dass Québec schließlich neben Kanada zu den Gründungsmitgliedern der ACCT gehören konnte, geht u. a. auf einen Kompromiss in der Formulierung der Mitgliedschaft zurück, dem zufolge sowohl Staaten als auch Regierungen Mitglieder der ACCT sein konnten (vgl. Le Scouarnec 1997, 63).

Kommen im Laufe der 1960er Jahre auf der einen Seite die internationalen Beziehungen zwischen Québec und Frankreich sowie zwischen Québec und den jungen frankophonen Staaten Afrikas in Gang, verändern sich auf der anderen Seite auch innerhalb Kanadas die Kräfteverhältnisse zwischen Kanada, Québec

und den frankophonen Minderheiten in den anderen Provinzen. Gruppierungen der Québecer Unabhängigkeitsbewegung bis hin zum *Front de libération du Québec* (FLQ), die sich von antikolonialen Texten Frantz Fanons, Albert Memmis, E. Che Guevara, von der amerikanischen *Black Power*-Bewegung (vgl. Vallières 1994, 108ff.) sowie von Argumentationen der afrikanischen Befreiungsbewegungen inspirierten ließen, forderten nachdrücklich, die vielfältigen Ungleichheiten zwischen der anglophonen Mehrheitsgesellschaft und der frankophonen Minderheit zu beseitigen. Ihre Argumente beziehen sie nicht zuletzt aus dem 1965 veröffentlichten Zwischenbericht (*Rapport préliminaire*) der 1963 von der Bundesregierung eingesetzten *Commission royale d'enquête sur le bilinguisme et le biculturalisme* (B&B-Commission), der die großen sozialen und die Einkommensunterschiede zwischen Anglo- und Frankokanadiern sichtbar macht. Im Ergebnis der Arbeit dieser Kommission tritt 1969 das Gesetz über die offiziellen Sprachen Kanadas in Kraft, das Englisch und Französisch zu Amtssprachen auf der Ebene der Bundesregierung erklärt.

Mit dem Gesetz über die offiziellen Sprachen Kanadas einerseits und mit der Gründung der *Direction des affaires francophones* im kanadischen Außenministerium andererseits sind zwei Ereignisse benannt, die sich sowohl auf die Frankophonie in Kanada als auch auf die internationale Frankophonie nachhaltig auswirken werden. Diese beiden Ereignisse stehen symbolisch wie faktisch für einen Prozess der Anerkennung der *dualité linguistique* Kanadas und der Institutionalisierung frankophoner Angelegenheiten auf der Ebene der Staatsapparate des Bundes und der Provinzen. Außerhalb dieses neuen politischen Rahmens verfügten die frankophonen Gemeinschaften längst über eine breite zivilgesellschaftliche Organisation. In den Provinzen existiert seit dem 19. Jh. eine Vielzahl von Institutionen der frankophonen Gemeinschaften: kirchlich-religiöse, karitative, berufliche, künstlerische, soziale u. v. a. Sie vertreten die Interessen ihrer Mitglieder, sie stiften Solidarität untereinander und stellen dabei soziale Räume und Netzwerke dar, in denen die Frankophonen auf Französisch kommunizieren können. Komplementär zu den bereits seit langem existierenden Institutionen der frankophonen Gemeinschaften des kommunitären Milieus schafft der Staat eigene Institutionen, die als Ansprechpartner für die Belange Québecs und der frankophonen Minderheiten zur Verfügung stehen und die umgekehrt die Regierungspolitik in den Provinzen umsetzen. Was heißt das im Einzelnen? Dazu vier Beispiele für Institutionen, die auf der Ebene der frankophonen Gemeinschaften angesiedelt sind.

4.2 Eine Institution wie die *Association canadienne-française de l'Ontario* (ACFO), hervorgegangen aus der 1910 gegründeten *Association canadienne-française d'éducation de l'Ontario* (ACFEO), verstand sich über mehrere Jahrzehnte als Sprecherin der frankophonen Gemeinschaften Ontarios und zugleich als Dachorganisation einer Vielzahl lokaler und regionaler frankophoner Assoziationen in Ontario. Sah die ACFEO ihre vordringliche Aufgabe darin, den Widerstand gegen das *Règlement* 17 von 1912 zu organisieren, das Französisch als Schulsprache in Ontario verbot, kann die 1969 in ACFO umbenannte Institution ihren Aktionsraum deutlich ausweiten. Das Gesetz über die offiziellen Sprachen hatte zur Folge, dass die ACFO – nun von Seiten des Staates als Verhandlungspartner und als Empfängerinstitution

6 Vgl. dazu auch die diskursanalytische Studie von J.-M. Adam (2004), die die unterschiedlichen Interessenlagen in Frankreich, Kanada und Québec herausarbeitet.

für die Subventionen der Bundesregierung anerkannt – ihre Aktivitäten über den Sektor der schulischen Bildung hinaus auf alle Bereiche kommunitären Lebens in französischer Sprache erweiterte: Förderung der Kinder- und Jugendarbeit, Gründung von Schulen, von Verlagen und von Galerien, Förderung von lokalen Radiostationen, von Theatergruppen und von Chansonsfestivals; später kommt auch ein Engagement zugunsten der ökonomischen Strukturen der Frankophonen, des Gesundheits- und Sozialwesens sowie der Integration von frankophonen Immigranten in Ontario hinzu (vgl. d'Augerot-Arend 1996). Als traditioneller und mächtiger Akteur der Frankophonie im Minderheitenmilieu Ontarios sieht sich die ACFO nicht nur mit Angriffen aus dem anglophonen Milieu konfrontiert: In den letzten Jahren haben in Ontario wie in Nouveau-Brunswick/New Brunswick immer wieder antifrankophone Organisationen wie *Association for the Preservation of English in Canada* (APEC) oder *Canadians Against Bilingualism Injustice* (CABI) für Schlagzeilen gesorgt, indem sie gegen das Französische in Kanada als offizielle Sprache und gegen die kanadische Politik des Bilingualismus kämpften. Auch innerhalb der ACFO zeichnete sich seit den 1990er Jahren eine konfliktgeladene Dynamik und Infragestellung ihrer Politik und ihrer Führung ab. Die Kürzung von staatlichen Subventionen verschärfte die Auseinandersetzung zwischen den in der ACFO zusammengeschlossenen Organisationen und Gruppen. Unter den Frankophonen in Ontario gründeten sich zugleich neue Interessensverbände und Vereinigungen wie feministische Gruppen, Künstlervereinigungen, homosexuelle und lesbische Gruppen, die nicht nur die Hegemonie der ACFO, sondern auch deren Wertvorstellungen und Strukturen in Frage stellen, sich nicht von ihr repräsentiert sehen und für sich ebenfalls staatliche Subventionen einfordern. So wie sich das gesamte gesellschaftliche Gefüge insbesondere seit Anfang der 1990er Jahre stark verändert hat, unterliegt auch die frankophone Gemeinschaft in Ontario einem deutlichen Wandel. Eine Seite dieses Wandels besteht in den frankophonen Immigranten, die sich in großer Zahl vor allem im Großraum Toronto, in Ottawa und im Süden der Provinz auf der Niagara-Halbinsel niederlassen. Ihr kulturelles Gepäck und ihre Interessen in der neuen Gesellschaft liegen nicht selten quer zu den Erfahrungen, die die kanadischen Frankophonen in den Jahrzehnte währenden Konflikten mit der anglophonen Mehrheitsgesellschaft gesammelt haben. Und auch sie nehmen für sich als *communautés ethnoculturelles et raciales* in Anspruch, Zugang zu den Ressourcen und den Verteilungsmechanismen der *francophonie* im Minderheitenmilieu zu haben. Und schließlich geht ein beträchtlicher Druck auf die frankophonen Institutionen innerhalb und außerhalb der ACFO von Seiten der Bundesregierung aus, die ihrerseits die administrativen Regeln und die Prioritäten für die Subventionierung bestimmt.⁷ Letzteres war der Fall, als im Jahre 2003 das Ministerium *Patrimoine canadien* seine Subventionen für die ACFO erneut – und dieses Mal drastisch – kürzte und gleichzeitig eine tiefgreifende Reflexion ihres Mandats und eine Neubestimmung ihrer Strategie forderte. Hintergrund dieser Intervention des Staates in die Belange einer zivilgesellschaftlichen Institution war der Interessen-

7 Vgl. dazu auch die diskursanalytische Studie von Labrie/Grimard/Lozon/Quell (2003) zum Forum frankophoner Organisationen in Ontario.

konflikt zwischen der ACFO und den anderen frankophonen Gruppen und Organisationen, die sich durch die ACFO nicht vertreten fühlten (vgl. Thériault 2005). Der Bundesstaat seinerseits griff in diesen Konflikt ein, indem *Patrimoine canadien* 1995 eine Vereinbarung mit der Provinz Ontario – wie auch mit den anderen Provinzen, außer mit Québec – unter dem Titel *Entente Canada – communauté Ontario* schloss. In der Logik des Ministeriums sollten die staatlichen Subventionen durch eine Institution verwaltet und verteilt werden, die die Interessen aller dieser Organisationen vertritt. Im Rahmen dieser *Entente Canada – communauté Ontario* formierte sich im Jahr 2000 – sozusagen als Gegenspieler zur ACFO – die *Direction Entente Canada – communauté Ontario* (DECCO). Nach dem Finanzdebakel Ende 2003, nach einer Umbenennung der alten ACFO in *Assemblée des communautés franco-ontariennes* (ACFO) im Jahre 2004, nach der Ablösung der alten Führungselite und im Zuge eines spannungsreichen Transformationsprozesses fusionierten schließlich am 31. März 2006 ACFO und DECCO zur *Assemblée de la francophonie de l'Ontario* (AFO).⁸

Ein zweites Beispiel. 1975 schließt sich die ACFO mit den Dachorganisationen aus anderen Provinzen Kanadas unter der Ägide der neu gegründeten *Fédération des francophones hors Québec* (FFHQ), die sich 1991 in *Fédération des communautés francophones et acadiennes* (FCFA) umbenennt, zusammen. Mit dieser neuen Dachorganisation reagieren die Frankophonen auf alarmierende Veränderungen bezüglich ihrer Situation in Kanada. Sie schließen sich zusammen, um *erstens* gemeinsam gegenüber der Bundesregierung aufzutreten, der gegenüber sie ein größeres Engagement zugunsten der Frankophonie im Minderheitenmilieu, die sich von Assimilation an die dominante anglophone Gesellschaft bedroht sieht, fordern. *Zweitens* reagieren sie auf die Unabhängigkeitsbestrebungen des Québecer Nationalismus insbesondere nach dem Wahlsieg des Parti Québécois 1976, der die Gründung eines eigenen Nationalstaats auf die politische Agenda setzt. Aus der Sicht der Québecer Souveränisten galten die Frankophonen außerhalb Québecks als „dead ducks“, weil eine Frankophonie in Nordamerika nicht überleben könne ohne eigenen Staat. Zugleich nahmen die Québécois für sich in Anspruch, die kanadische Frankophonie im Rahmen des Prinzips der ‚dualité linguistique‘ zu repräsentieren, was zur Folge hatte, dass die Brücken zwischen Québec und den frankophonen Minderheiten in den anderen Provinzen wenn auch nicht vollständig abgebrochen, so doch zumindest stark beschädigt wurden. Auf die Fragmentierung der ‚francophonie canadienne‘ in Acadiens, in Franco-Ontariens, Franco-Manitobains, Fransaskois, Franco-Albertains usw. folgt eine institutionelle Neustrukturierung, aus der die FFHQ/FCFA als Sprecher der Frankophonen gegenüber der Bundesregierung hervorgeht. *Drittens* strebte die FCFA an, bei den sich abzeichnenden Diskussionen über die Verfassung Kanadas als Verhandlungspartner der Bundesregierung die Interessen der Frankophonen im Minderheitenmilieu zu vertreten.

Ein drittes Beispiel: In das Jahr 1834 reicht die Gründung der *Société Saint-Jean-Baptiste de Montréal* (SSJBM) zurück, die sich, als eine Vereinigung der französischsprachigen Eliten, für den Schutz des Französischen und des „peuple canadien

8 Vgl. www.afo.franco.ca/afo/index.asp (25.5.2006).

français“ einsetzt. Politisch zunächst eher zurückhaltend, nimmt sie karitative Aufgaben wahr, um dann unter den misstrauischen Augen der katholischen Obrigkeit und der anglophonen Eliten Aktivitäten im Bereich der kommerziellen und technischen Bildung aufzunehmen (vgl. d’Augerot-Arend 1996, 272ff.). In der zweiten Hälfte des 19. Jh.s ist die SSJBM maßgeblich an der Gründung der *Chambre de commerce*, der *Ecoles des Hautes études commerciales* und der *École des Beaux-Arts* in Montréal beteiligt, um der Dominanz der Anglophonen in Wirtschaft und Handel frankophone Strukturen entgegenzusetzen. Klerikalkonservativ und nationalistisch orientiert, versteht sich die *Société Saint-Jean-Baptiste* als Produktionsstätte für Québécois Patriotismus, seiner Helden und Mythen, für nationale Denkmäler (u. a. la Croix de Montréal), nationale Feierlichkeiten und kollektive Manifestationen (24. Juni als Nationalfeiertag seit 1977; die jährliche stattfindenden *défilés* der SSJBM). Seit 1968 engagiert sie sich aktiv für die Souveränität Québecks und verfolgt seither einen ultra-nationalistischen Kurs bezüglich der Einsprachigkeit in Französisch. Die SSJBM kann unabhängig von finanziellen Zuwendungen der Regierung agieren; ihre Präsenz im öffentlichen Leben ist groß und die Bevölkerung Québecks hinreichend bereit, sie mit umfangreichen Spenden zu unterstützen, die wiederum die Vergabe von Stipendien, Preisen, Auszeichnungen und selbst die Einrichtung eines Lehrstuhls für Québécois Geschichte an der Université du Québec à Montréal (UQAM) im Jahre 2003 ermöglichen. Als nichtstaatlicher Akteur der Francophonie ist die *Société Saint-Jean-Baptiste* in der ganzen Provinz Québec vertreten und aktives Mitglied des 1947 gegründeten *Mouvement national des Québécoises et Québécois* (MNQ), der mit seinen 19 Sektionen in allen Regionen Québecks ca. 200.000 Mitglieder zählt.

Schließlich das vierte Beispiel: 1973 gründen haitianische Migranten in Montréal die *Maison d’Haïti* sowie das ethnokulturelle *Centre N a Rivé*. Ihre Aufgaben sahen diese Zentren zu jener Zeit in der sozialen und rechtlichen Soforthilfe für die haitianischen Migranten in Québec. Als dringendes Bedürfnis kristallisieren sich Alphabetisierungskurse für jene heraus, die in Haiti nicht oder nur sporadisch die Schule besucht hatten. 1978 wird ein erster regulärer Alphabetisierungskurs in Montréal eingerichtet, wobei von Anbeginn an, den Ideen des Brasilianers Paolo Freire folgend, der Akzent auf die ‚conscientisation‘ gesetzt wird. Die haitianischen Alphabetisierungsaktivisten entschieden sich in diesem Sinne dafür, die Alphabetisierung der Migranten zunächst in ihrer Muttersprache, d. h. in Kreolisch, voranzutreiben, um auf dieser Basis in einem zweiten Schritt auch die Aneignung des Französischen zu verfolgen. Solange sich die Haitianer als Flüchtlinge vor der Duvalier-Diktatur im Exil sahen, bedeutete die Alphabetisierung in Kreolisch eine Vorbereitung auf die Rückkehr in ihr Land. Im Februar 1986 ändert sich die Lage: Haiti befreit sich von der Duvalier-Diktatur. Ein Teil der Flüchtlinge kehrt nach Haiti zurück; viele andere bleiben in Montréal. Den Institutionen der haitianischen Gemeinschaft in Montréal fällt nun ein verändertes Mandat zu, nämlich die Landsleute bei der Integration in die Québécois Gemeinschaft zu unterstützen. Nachdem das *Centre N a Rivé* 1986 als autonomes kommunitäres Zentrum anerkannt worden war, rückte folglich die Frage in den Mittelpunkt, wie einerseits die Alphabetisierungsarbeit weitergeführt und andererseits die soziale Integration und Emanzipation

tion in der Québécois Gesellschaft erreicht werden kann. Wenn auf der einen Seite mit dem Kreolischen der Ausgangs- und der Referenzpunkt für die Alphabetisierungspraxis fortgeschrieben wird, werden auf der anderen Seite die Weichen in Richtung sozioprofessioneller Bildung gestellt: Seit Anfang der 1990er Jahre werden hauswirtschaftliche Kurse in Nähen, Kochen und Backen abgehalten, die als ein Einstieg in eine berufliche Praxis verstanden werden. Später kommt noch ein Kurs in Informatik hinzu. Die ganzen 1990er Jahre über gilt die primäre Alphabetisierung in Kreolisch als erfolgreiches Modell, zumal das Kreolische in seiner Funktion als Brückensprache beim Erwerb des Französischen zusätzlich gestützt wird und so auch als Ressource für den Erwerb des Französischen gewertet wird. Mit der Durchsetzung neoliberaler Spielregeln in der Québécois Gesellschaft haben sich grundsätzlich die Rahmenbedingungen auch für die Alphabetisierung und Französisierung von Migranten verändert. In den Jahren 2000 und 2003 baut der Staat sowohl die Infrastruktur als auch die Konzeption des Spracherwerbs und der Alphabetisierung um. Der Terminus für das neue Konzept ist ‚alpha-francisation‘ – ein Terminus, der in den Institutionen und den Sprachkursen des Immigrationsministeriums (MICC) verwendet wird, und der sich inzwischen auch in der Sprachpraxis des *Centre N a Rivé* wiederfindet. Wurden in den 1990er Jahren ‚alphabetisation‘ und ‚francisation‘ noch getrennt betrachtet, so wird seit nunmehr drei Jahren das Konzept der ‚alpha-francisation‘ mit dem Ziel verfolgt, direkt den Zugang zum Französischen zu entwickeln. ‚Alpha-francisation‘ bedeutet folglich ein Zurückdrängen, wenn nicht sogar Eliminieren herkunftsprachlicher Ressourcen bei der Alphabetisierung der Immigranten. Die Leitung des Zentrums kommt nicht umhin, diese neue Politik ihres staatlichen Partners mit dem Argument zu legitimieren, dass die Klientel des Zentrums sprachlich heterogen sei und nicht mehr alle Kursteilnehmer über das Kreolische als gemeinsame sprachliche Ressource verfügen. Die gegenwärtig neue Orientierung für die kommunitären/ethnischen Alphabetisierungsstellen in Québec bestehe darin, dass mehr und mehr der Zugang zum Arbeitsmarkt in den Mittelpunkt rücke.

Diese vier Institutionen stehen exemplarisch für eine sehr große Zahl und ein dichtes Netz von frankophonen Vereinigungen und Institutionen, die seit dem 19. Jh. professionelle, religiöse, kulturelle, sprachliche, karitative, wirtschaftliche u. a. Interessen von *Canadiens français* und *Néo-Québécois* vertreten. Sie stehen zugleich für Prozesse der Differenzierung innerhalb der Francophonie, insbesondere für die Rolle frankophoner Eliten und ihre Position als Vermittler zur anglophonen Mehrheitsgesellschaft und als hegemonische Gruppe innerhalb der *Canadiens français*. Die Beispiele werfen ein Licht auf den Ausbau der ökonomischen und der Bildungssressourcen der Frankophonen im 19. und 20. Jh. und auf die Auseinandersetzungen über die kulturelle Identität, die lange Zeit durch die trinitarische Formel ‚langue, religion, race‘ bestimmt war. An den erwähnten Institutionen lassen sich weiterhin einige Konfliktlinien und ethnolinguistische Grenzen in der zweiten Hälfte des 20. Jh.s ablesen, die sich einerseits im Kontext der Schaffung einsprachiger Räume – in Québec wie im frankophonen Minderheitenmilieu – und andererseits in der Diskussion darüber zeigen, wer eigentlich Québécois ist und wie sich die Québécois Gesellschaft im Kontext von Migrationsprozessen definiert.

4.3 Mit dem Gesetz über die offiziellen Sprachen, der Einrichtung einer *Direction* für frankophone Angelegenheiten im kanadischen Außenministerium und vor allem mit den nationalstaatlichen Ambitionen Québecks kommt seit Ende der 1960er Jahre eine Dynamik innerhalb und zwischen den Regierungsinstitutionen des Bundes und der Provinzen in Gang, in der die Francophonie – eher, umfangreicher und differenzierter als in jedem anderen Land – zu einem Betätigungsfeld der offiziellen Staatspolitik ausformuliert und in die Verwaltungsstrukturen des Staates integriert wird. Im Zuge der Verstaatlichung der frankophonen Angelegenheiten antwortet folglich der Staat mit der Einrichtung von Behörden auf die Aspirationen der seit langem vorhandenen Institutionen der frankophonen Gemeinschaften und greift seinerseits in die zwischen den ethnischen Gemeinschaften wie innerhalb der Francophonie bestehenden Verhältnisse ein.

Wer sind die staatlichen Akteure, und in welcher Weise agieren sie im Kontext der Francophonie?

Auf der Ebene der Bundesregierung befassen sich heute – seit den zaghaften Anfängen Ende der 1960er Jahre – eine Vielzahl von Ministerien, Behörden, Abteilungen und Institutionen mit den Belangen der Francophonie, wobei die einzelnen Dossiers, die Zuständigkeiten der ministeriellen Behörden und deren institutionelle Zuordnung von Regierung zu Regierung vielfach gewechselt haben. Mit frankophonen Angelegenheiten beschäftigen sich die Ministerien für Justiz, Umwelt, Industrie, *Citoyenneté et immigration*, das *Bureau du Conseil privé* und insbesondere die Ministerien *Patrimoine canadien*, *Affaires étrangères* sowie das im Januar 2006 unter der konservativen Regierung neu geschaffene *Ministère de la coopération internationale, de la Francophonie et des Langues officielles*. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist noch nicht erkennbar, in welcher Weise die einzelnen Dossiers, die unter den liberalen Regierungen der letzten zehn Jahre in verschiedenen Ministerien angesiedelt waren, koordiniert oder/und zusammengeführt werden. Hierbei geht es vor allem um die mit dem „Cadre stratégique“ von 2003 verbundene Politik der Immigration von frankophonen oder frankophilen Personen,⁹ um die beim *Conseil privé* angesiedelte Koordinierung von Maßnahmen im Bereich der offiziellen Sprachen, um die bei *Industrie Canada* laufenden Projekte zu Entwicklung und Ausbau von Informationstechnologien und Datenautobahnen im frankophonen Raum und der virtuellen Francophonie, um die vom Justizministerium verantworteten Maßnahmen zur Umsetzung des Gesetzes über die offiziellen Sprachen sowie die juristische Kooperation mit Ländern der Francophonie zur Förderung der Demokratie. Erkennbar ist allerdings, dass auch die neue Regierung zentrale Kompetenzen bei den Ministerien *Patrimoine Canadien* und *Coopération internationale, de la Francophonie et des Langues officielles* ansiedeln wird.

Eine Schlüsselstellung hinsichtlich der internationalen Francophonie nimmt die bislang dem Außenministerium, jetzt dem Ministerium für Internationale Kooperation und Francophonie zugeordnete *Agence canadienne de développement international*

9 Vgl. <http://www.cic.gc.ca/english/pub/framework-minorities.html> sowie der Überblick des Ministeriums über die Initiativen zur Förderung der Immigration und von Immigranten im frankophonen Minderheitenmilieu unter: <http://www.cic.gc.ca/english/francophone/report/initiatives.html> (10.11.2006).

(ACDI) ein. Die ACDI verwaltet mit dem Budget „Aide publique au développement“ (APD) beträchtliche finanzielle Mittel, die Kanada in die internationale Francophonie investiert, und trägt zugleich mit umfangreicher logistischer und technischer Erfahrung zur Organisation und Verwaltung von Kooperationsprojekten bei, so in Bereichen wie Bildung (u. a. 35 Mio. Can\$ für Stipendien im Zeitraum 2000-2005), Frieden und Sicherheit (5 Mio. Can\$ für friedenserhaltende Maßnahmen in Afrika, 2001-2005), Förderung junger Unternehmer (5 Mio. Can\$ für die Unternehmenskooperation Nord-Süd und Süd-Süd), technologisch-pädagogische Ausbildung im frankophonen Afrika (15 Mio. Can\$ im Zeitraum 2000-2005), Bekämpfung der Korruption in Afrika (1,3 Mio. Can\$ für Transparency International 2003-2005), um nur einige aktuelle Projekte zu nennen.¹⁰

Eine Vielzahl anderer politischer Akteure der Francophonie unterstehen bzw. unterstanden bislang dem *Ministère de Patrimoine Canadien*, das primär für die nationalen kanadischen Programme zur Förderung der kanadischen Identität und des zivilgesellschaftlichen Engagements zuständig ist, darunter auch die zur Förderung des kulturellen Lebens der frankophonen Gemeinschaften, des Sports, der Kommunikation und der Kommunikationstechnologien. So unterstützt *Patrimoine Canadien* beispielsweise im Rahmen seines umfangreichen Programms „Développement des communautés de langue officielle“ vielfältige Aktivitäten der frankophonen Gemeinschaften im Minderheitenmilieu, im Schulwesen der Provinzen und Territorien oder des Sport- und Kulturfestivals „Jeux de la Francophonie“. ¹¹ Das Mandat des Ministeriums erstreckt sich darüber hinaus auch auf die Beziehungen zwischen der kanadischen und der internationalen Francophonie. Für die Koordination dieser Aktivitäten ist die *Direction de la Francophonie internationale* (DFI) des *Ministère de Patrimoine Canadien* zuständig, die wiederum mit der *Agence intergouvernementale de la Francophonie* (AIF) zusammenarbeitet. Einer der Schwerpunkte der internationalen Kooperation vor allem mit afrikanischen Ländern liegt auf dem Gebiet der Informationstechnologien, der Schaffung von Datenautobahnen (inforoutes) und der Qualifikation des Personals, wofür maßgeblich das *Institut francophone des nouvelles technologies de l'information et de la formation* (INITIF) zuständig ist. In diesem Sinne engagiert sich das Ministerium seit dem Gipfeltreffen von Moncton (1999) auch für das Projekt *Franconet Canada*, das Institutionen und Wirtschaftsunternehmen in 15 frankophonen Ländern Afrikas die Nutzung des Internets erleichtern soll.

Eines der Prinzipien der Frankophoniepolitik der kanadischen Bundesregierung ist das der Multilateralität und der Vernetzung innerhalb der Francophonie. Sie verfolgt damit eine andere Strategie der internationalen Kooperation als etwa Frankreich, das in seiner Frankophoniepolitik ganz die bilateralen Beziehungen, d. h. Abkommen zwischen Frankreich und einem Land der Francophonie, favorisiert und auf diese Weise seine hegemonialen Ambitionen gegenüber anderen Ländern der Francophonie verfolgt. Dieser prinzipielle Unterschied im Verständnis

10 Vgl. [http://www.acdi-cida.gc.ca/INET/IMAGES.NSF/vLUIImages/stats/\\$file/Rapp-Stat_03-04.pdf](http://www.acdi-cida.gc.ca/INET/IMAGES.NSF/vLUIImages/stats/$file/Rapp-Stat_03-04.pdf) (10.11.2006)

11 Vgl. http://www.pch.gc.ca/progs/lo-ol/progs/dclo-vc_f.cfm (10.11.2006)

von internationaler Kooperation hat immer wieder zu Konflikten und Spannungen zwischen den Vertretern Kanadas, Frankreichs und Québecs in den Institutionen der internationalen Francophonie geführt.

4.4 Wie weiter oben schon ausgeführt, gehören der OIF neben Kanada auch die Regierungen von Québec und Nouveau-Brunswick/New Brunswick an. Québec in seinem Verständnis als französischsprachige Staatsnation und als „foyer de la francophonie en Amérique du Nord“ gilt ohne Zweifel als ein Hauptakteur der kanadischen Francophonie und als ein Pfeiler der Francophonie im internationalen Maßstab. Letzteres drückt sich nicht zuletzt darin aus, dass Québec 1987 Gastgeber des zweiten Gipfeltreffens und seit den 1980er Jahren immer wieder auch von bedeutenden politischen Konferenzen der Francophonie war, dass Vertreter Québecs wie J.-M. Leger, J.-L. Roy und C. Duhaime für Spitzenfunktionen der Francophonie nominiert wurden und dass hier auch das übernehmste Gipfeltreffen der OIF im Jahre 2008 – zu Ehren der 400-jährigen Gründung der Stadt – stattfinden wird. Inzwischen sind auch die Konflikte zwischen der kanadischen Bundesregierung und der Regierung Québecs bezüglich der außenpolitischen Engagements der Provinz beigelegt. Auf den ersten Blick scheinen beide Seiten auch denselben Prinzipien bei der Mitarbeit in der internationalen Francophonie verpflichtet zu sein, die in Québecer regierungsamtlicher Diktion mit den Stichworten Multilateralität, Partnerschaft und kooperative Vernetzung¹² umrissen werden. Doch liegt es auf der Hand, dass die Interessen Kanadas und Québecs nicht identisch sind und dass auch innerhalb Québecs andere Prinzipien als die erwähnten diskutiert werden. Um ein Beispiel zu geben: In dem im Jahre 2001 publizierten „Rapport Larose“¹³, der ein Schlüsseldokument in der Strategiebildung zur Québecer Sprachpolitik darstellt, werden die Akzente anders gesetzt. Zum einen legt die Kommission nahe, die Kooperation im stärkeren Maße auf Bilateralität auszurichten.¹⁴ Zugleich erwarte sie von Seiten der OIF „un soutien concret à sa politique d’affirmation du français sur le double plan national et international“ (S. 164). Zum anderen übt sie deutliche Kritik an der Politik der OIF, die seit Beginn der 1990er Jahre zahlreiche nichtfrankophone Länder als Mitglieder aufgenommen hat. Die internationale Francophonie riskiere damit, ihre fundamentalen Ziele zu kompromittieren: „pro-motion du français et relation de complémentarité entre le français et les langues nationales des pays en voie de développement [...] le moment est venu de préciser le statut du français dans la francophonie“ (S. 165).

Institutionell betrachtet ist für die Beziehungen Québecs mit der internationalen Francophonie das Ministerium für internationale Beziehungen zuständig. Weit komplexer ist hingegen die Verwaltung frankophoner Angelegenheiten im Inneren Kanadas strukturiert. Wenn der Schlüsseltext für die Arbeit der Regierungsinstitutionen auf der Bundesebene das Gesetz über die offiziellen Sprachen ist, das in der

12. Vgl. http://www.mri.gouv.qc.ca/fr/francophonie/quebec_francophonie/contributions/contributions.asp (10.11.2006)

13. Commission des États généraux sur la situation et l’avenir de la langue française au Québec, 2001. Président der Kommission war Gérard Larose.

14. Als politische Strategie kommt dies zum Ausdruck in: Ministère des Relations internationales du Québec (2005). Plan stratégique 2005-2007, S. 10-11.

Arbeit aller Bundesministerien eine wichtige Rolle spielt, so ist der Schlüsseltext in Québec das Gesetz 101 bzw. die *Charte de la langue française* von 1977, die bindenden Charakter für alle Ministerien sowie für die der Regierung nachgeordneten Institutionen wie den *Conseil supérieur de la langue française* (CSLF) und den *Office québécois de la langue française* (OQLF) hat. Institutionell betrachtet greift folglich eine Vielzahl von staatlichen, para- und nichtstaatlichen Institutionen in die sprachlichen Verhältnisse und in die „francisation“ der Québecer Gesellschaft ein.

Bekanntermaßen sind sowohl die Praxis des Französischen in Québec als auch die Québecer Sprachpolitik voller Spannungen und Konflikte. Um dies zu illustrieren, möchte ich zwei Bereiche herausgreifen, um einerseits an die These zur Politisierung und Bürokratisierung der Francophonie anzuknüpfen und um andererseits die Diskurse der sprachpolitischen Akteure zu skizzieren: Das erste Problemfeld ist das der Immigration, das zweite das der Beziehungen zwischen Québec und den frankophonen Gemeinschaften im Minderheitenmilieu.

4.4.1 Weiter oben wurde bereits das Phänomen der Migration nach Kanada bzw. Québec erwähnt. In der aktuellen Diskussion über Québecer Zivilgesellschaft, Québecer Identität und die Situation des Französischen in Québec spielt die Immigration als Herausforderung für das nationalstaatliche Projekt Québecs eine zentrale Rolle.¹⁵ Seit Jahren liefern sich Akteure der verschiedenen Fraktionen in Sprachpolitik, Demolinguistik und Zivilgesellschaft scharfe Auseinandersetzungen darüber, wie sich die Québecer Gesellschaft im Zuge der Immigration verändert. Sie streiten darüber, welche Konsequenzen die Immigration für das Französische in seiner Rolle als „langue commune“ der Québecer Gesellschaft hat. Zur Diskussion steht, mit welchen Diskursen und mit welchen Konzepten die intellektuellen Eliten und die politische Klasse in Québec auf diesen demographischen und kulturellen Wandel reagieren. Und nicht zuletzt: Wer ist eigentlich Francophone/r? Der diskursive Wandel erstreckt sich dabei über Etappen, die anhand ihrer Schlüsselwörter wie der Bikulturalität seit den 1960er Jahren, der Multikulturalität¹⁶ in den 1980er Jahren, dem damit konkurrierenden Konzept der Interkulturalität¹⁷ in Québec in den 1990er Jahren und neuerdings auch dem der Transkulturalität benannt werden können. F. Dumont beschreibt das Französische in Québec in den 1950er Jahren und bis hinein in die 1970er Jahre noch mit einer etnischen Konzeption, als Sprache einer Ethnie, die unlösbar mit der französischen Kultur verbunden sei. In

15. Die Liste der einschlägigen Publikationen ist lang. Neueren Datums sind u.a. Georgeault/Pagé (Hg.) 2006, Stefanescu/Georgeault (Hg.) 2005, Maclure/Gagnon (Hg.) 2001, Kymlicka 2001, Verne (Hg.) 2000.

16. Das Prinzip des Multikulturalismus ist in Art. 27 der *Charte canadienne des droits et libertés* eingeschrieben. 1988 hat das kanadische Parlament außerdem die „Loi sur le maintien et la valorisation du multiculturalisme au Canada“ verabschiedet.

17. Die Bundespolitik des Multikulturalismus stößt in Québec auf offenen Widerstand, weil sie als eine Art Kriegsmaschine gegen das Prinzip der Dualität, d. h. gegen die Politik des Bikulturalismus und Bilingualismus verstanden wird. Die Strategie Québecs basiert demgegenüber auf dem Konzept der Interkulturalität, das auch als Konzept der ‚Konvergenz der Kulturen‘ oder auch der ‚gemeinsamen Kultur‘ (culture commune) gedeutet wird. Die gemeinsame Kultur wird als frankophon, demokratisch und pluralistisch definiert, vgl. Woehrling 2005, 311ff.

diesem Diskurs gehörten Anglophone, Autochthone und Immigranten nicht zur Québecer Nation, es sei denn, sie assimilierten sich an die französischsprachige Kultur. Seit den 1980er Jahren gewinnt in Québec eine integrationsistische Konzeption an Bedeutung (vgl. Pagé 2006, 32ff.). Französisch wird als identitäre Basis aller Québécois postuliert, als eine Sprache, die man lernen und im öffentlichen Raum nutzen könne, was auch immer die Erstsprache der Sprecher sei. Zentral sei, das Französische als gemeinsame Sprache – als *langue commune* – und als Ausdruck der kollektiven Identität der Québecer Gesellschaft zu verstehen. Im Zuge der Anerkennung der Pluralität in der Québecer Gesellschaft konkretisiert sich dabei auch die Wahrnehmung des Französischen im geopolitischen Raum der Francophonie als Inkarnation einer nordamerikanischen französischsprachigen Gesellschaft (vgl. Pagé 2006, 36).

Wie übersetzen sich nun in den staatlichen Institutionen diese Diskurse in eine sprachpolitische Praxis bezüglich der Immigranten?

1977, wenige Monate nach dem Machtantritt des Parti Québécois und mitten in der heißen Phase des Kampfes zwischen Befürwortern und Gegnern des Französischen als offizieller Sprache Québecs, lanciert die Regierung, zur Überraschung vieler, ein Programm zur Förderung der Herkunftssprachen auf allen Ebenen des Schulsystems, PELO genannt: *Programme d'enseignement des langues d'origine*. Die Gegner des Gesetzes 101 sehen darin ein taktisches Manöver der Regierung, um von ihrem sprachlichen Nationalismus abzulenken, viele der Québecer Nationalisten hingegen ein der Französisierung der Gesellschaft zuwiderlaufendes Programm. Die allophonen ethnischen Gemeinschaften wie Griechen, Portugiesen oder Italiener wiederum vermuten darin ein Konkurrenzunternehmen der Regierung zu den von ihnen angebotenen Kursen und gleichzeitig einen Schlag gegen ihre stillschweigende Annäherung an die anglophone Minderheit in Québec (vgl. McAndrew 2001, 49ff.). Dies nur, um die diskursive Dynamik jener Zeit in ihren Eckpunkten zu skizzieren. Dem Herkunftssprachenprogramm voraus gehen seit 1969 die sog. ‚classes d'accueil‘ für die Kinder von Immigranten, um ihnen eine bessere Integration in das französischsprachige Schulsystem zu ermöglichen. Für erwachsene Immigranten hingegen bieten die ebenfalls 1969 gegründeten *Centres d'orientation et de formation des immigrants* (COFI) Sprachkurse in Französisch an. Diese beiden Instrumente staatlicher Integrationspolitik von Migranten machen zweierlei deutlich: einerseits, dass sie überwiegend auf Sprachförderung und Integration im Kontext der Schule abzielen und ihre Adressaten Kinder und Jugendliche sind; andererseits, dass sie sich an eine bereits alphabetisierte Klientel richten. Im Umkehrschluss bedeutet dies jedoch, dass erwachsene Immigranten nicht von staatlichen Programmen zur Förderung von Herkunftssprachen profitieren können und dass für erwachsene Analphabeten erst recht keine Bildungsprogramme existieren, weder in Französisch noch in den Herkunftssprachen.

Wie reagiert nun die Québecer Immigrations- und Sprachpolitik? Zunächst und für mehr als ein Jahrzehnt lang überhaupt nicht, Mitte der 1990er Jahre dann mit einem ersten Programm und schließlich seit Beginn dieses Jahrzehnts und dem Regierungsmandat der Liberalen 2003 mit Reformaktivismus. Was passte im Einzelnen?

Es dauert bis zum Jahre 1994, bis die Regierung Québecs erstmals ein Programm zur sprachlichen Integration von erwachsenen Immigranten auflegt. Le programme général d'intégration linguistique¹⁸ von 1994, wie sein offizieller Titel lautet, richtet sich an zwei Personengruppen: einerseits an Immigranten, die bereits eine Schulbildung erfahren haben und alphabetisiert sind, nicht aber Französisch sprechen, andererseits an Personen, die als Analphabeten oder als im geringen Maße schulisches gebildet gelten. Für die zuletzt genannte Gruppe der funktionalen oder vollständigen Analphabeten legt das damalige *Ministère des Relations avec les citoyens et de l'Immigration* (MRCI) 1994 bzw. 1998 ein Programm¹⁸ vor, dessen Eckpunkte sind: Vollzeit- oder Teilzeitkurse im Umfang von 600 bis max. 800 Stunden Sprachunterricht; die Kurse finden ausschließlich in Französisch statt. Vorrangiges Ziel ist das Erlernen der gesprochenen Sprache und der kulturellen Codes der Québecer Gesellschaft; die ebenfalls zu entwickelnden schriftsprachlichen Kenntnisse und Fähigkeiten würden vom Grad des Analphabetismus abhängen. Bereits hier zeichnet sich ab, dass sich auf breiter Front ein sprachpolitischer Wandel in der Gesellschaft vollzieht. Zum Diskurs von ‚Alpha populaire‘¹⁹ tritt nun der Diskurs staatlicher Akteure in Konkurrenz, und mit ihm setzen der Umbau der Verwaltung wie auch die Verwaltung des Analphabetismus ein. Die neue Philosophie der Messung von Effizienz, der Evaluation, der Erfolgskontrolle im Bereich der Französisierung verlangt nach zwei weiteren Maßnahmen. Eine davon ist, dass das Ministerium Kompetenzniveau für den Erwerb des Französischen als Zweitsprache für Immigranten ausarbeiten lässt.²⁰ Die Logik dieser Intervention liegt auf der Hand: Ganz dem Zeitgeist geschuldet und mit eindeutig neoliberaler Marktorientierung müssen den beteiligten Akteuren – den ‚enseignants‘, den ‚conseillers pédagogiques‘, den ‚directeurs‘ und ‚décideurs‘ – Bewertungsmaßstäbe in die Hand gegeben werden, um Effizienz zu messen und seitens des Staates Kontrolle zu gewährleisten, zumal in die Durchführung der Kurse Subunternehmen oder Dienstleistungszentren, darunter alle Universitäten im Großraum Montréal, kontraktuell eingebunden werden. Das neue Lösungswort für die sprachliche Qualifikation von Immigranten heißt von nun an ‚employabilité‘, d.h. sprachliche Kompetenzen zu vermitteln, um arbeitsmarktfähig zu werden.

Was nun noch folgt, als dritter Schritt, ist der institutionelle Umbau der Behörden und Dienstleistungszentren, wobei das Pendel mal stärker in Richtung Zentralisierung, mal stärker in Richtung Dezentralisierung weist. Im Zuge der Umstrukturierung der Ministerien werden im Jahre 2000 die seit 1969 existierenden *Centres d'orientation et de formation des immigrants* (COFI) in die *Carrefours d'intégration* als

18 Programme d'intégration sociolinguistique pour les populations immigrantes peu alphabétisées ou peu scolarisées. Version en vigueur (février 1998). Gouvernement du Québec: Ministère des Relations avec les citoyens et de l'Immigration. Direction des politiques et programmes de francisation. Module de la formation linguistique.

19 Vgl. die Ausführungen weiter oben zum haitianischen Alphabetisierungszentrum *Centre Na Rize*.

20 Gouvernement du Québec (2000): Niveaux de compétence en français langue seconde pour les immigrants adultes. Ministère des Relations avec les citoyens et de l'Immigration.

Teil der *Services d'immigration* umgewandelt. Kaum drei Jahre später, nach dem politischen Kurswechsel in Québec und der Neuordnung der Ministerien im Jahre 2003, werden die zunächst eher zentral agierenden *Carrefours d'intégration* erneut umstrukturiert und dieses Mal dezentralisiert, so dass sich gegenwärtig die sprachliche Förderung von Immigranten in Montréal auf vier regionale Dienstleistungszentren im Norden, Süden, Osten und Westen der Metropole erstreckt. Mit der Durchsetzung neoliberaler Spielregeln in der Québecer Gesellschaft haben sich die Rahmenbedingungen auch für die Alphabetisierung und Französisierung grundsätzlich verändert. Seit Ende der 1990er Jahre können wir in Québec ebenso wie in Ontario die Herausbildung eines mit der ‚alphabétisation culturelle‘ konkurrierenden ‚discours bureaucratique‘ (vgl. Budach 2003) verfolgen. Hauptakteur des bürokratischen Diskurses ist der Staat, der über seine Verwaltung das Programm der ‚francisation‘ organisiert, die Kursteilnehmer evaluiert und klassifiziert, die sprachlichen Kompetenzen diagnostiziert und Leistungsniveaus standardisiert und der schließlich die Durchführung und Effizienz der Kurse kontrolliert – ganz so, wie es die moderne Dienstleistungsphilosophie verlangt. Im ‚discours bureaucratique‘ artikuliert sich eine Allianz aus technokratischer Elite und Verwaltung, wobei der Staat den Rahmen auch für die übrigen Akteure auf dem Feld der Alphabetisierung neu definiert.

4.4.2 Eine gesonderte, wenn auch nur kurze Darstellung verlangt das Verhältnis der frankophonen Provinz Québec zu den anderen Provinzen Kanadas, insbesondere bezüglich der Sprachpolitik gegenüber den frankophonen Minderheiten. Die Sprachpolitik der anglophonen Provinzen lässt sich nach J. Woehrling (2005, 313ff.) in zwei Kategorien einteilen: einerseits die Sprachpolitik von Nouveau-Brunswick und Ontario, die in ihrer Gesetzgebung mehr oder weniger der Bundespolitik des offiziellen Bilinguismus folgen. In sieben anderen Provinzen²¹ stößt die Politik des offiziellen Bilinguismus auf große Vorbehalte, und die den Frankophonen zuerkannten Rechte bleiben deutlich eingeschränkt. In beiden Fällen werden die demographischen Verhältnisse als Begründung für mehr oder für weniger Rechte angeführt. Eine Ausnahme stellt Manitoba, die einstige Mestizenprovinz, dar. Wiewohl die Zahl der Frankophonen heute kaum 3% überschreitet, das sind ca. 31.000 Personen, gilt seit 1979 der offizielle Bilinguismus für Parlament, Gesetzgebung und Justizangelegenheiten.

In der gegenwärtigen Québecer Regierung liegt die Verwaltung der innerkanadischen frankophonen Angelegenheiten beim *Secrétariat aux affaires intergouvernementales canadiennes*. Vergleichbare Institutionen gibt es auch in den Regierungen der anderen Provinzen. Die Regierung Québecs unterhält – ebenso wie die kanadische Bundesregierung²² – Abkommen mit den anderen Provinzregierungen, um die frankophonen Gemeinschaften auf Gebieten wie Bildungswesen, Kommunikation, Kultur, Gesundheitswesen, Ökonomie und Immigration zu unterstützen.

21 Die drei Territorien Yukon, Nord-West und Nunavut, in denen der Anteil der Frankophonen an der ohnehin geringen Bevölkerung sehr niedrig ist, bleiben hier unerwähnt.

22 Vgl. die Entente de collaboration Canada – Colombie-Britannique oder die Entente Canada – Nouveau-Brunswick relative à la prestation de services en français 2005-2009, um nur zwei Beispiele zu nennen.

Die heutige noch immer nicht spannungsfreie Situation zwischen Québec und den frankophonen Minderheiten ist das Resultat eines Prozesses, der in den 1960er Jahren mit den autonomistischen Bestrebungen des Québecer Nationalismus einsetzte und in eine Fragmentierung der kanadischen *francophonie* mündete. Wenn weiter oben kurz auf die Geschichte der *Fédération des communautés francophones et acadiennes* (FCFA) verwiesen wurde, so sehen wir in der Gründung dieser Institutionen im Jahre 1975 eine Antwort jener frankophonen Institutionen im Minderheitenumfeld, die sich von Québec im Stich gelassen fühlten und nun um eine neue Identität ringen mussten (vgl. Cardinal 1993, Juteau 1994, Thériault 1999). Seit einigen Jahren keimt in Québec Regierungskreisen immer wieder einmal die Idee eines *Conseil de la francophonie* auf, dessen Aufgabe, wie es heißt, darin bestehen soll, die frankophonen Gemeinschaften in Nordamerika oder in Kanada zusammenzuführen und auf diese Weise das Schisma zwischen der Québecer und der kanadischen Frankophonie zu überwinden.²³ Bislang allerdings bleibt dies ein Projekt.

5. Zusammenfassung: Diskurse der Frankophonie in Kanada

Wie die Ausführungen gezeigt haben dürften, gestalten sich die Beziehungen zwischen Kanada und der Francophonie außerordentlich komplex. Die Komplexität geht dabei weit über die nüchternen Sachverhalte hinaus, die ich zur Illustration dessen, was Heterogenität und Diversität in der Francophonie bedeuten, in Punkt 2 dargestellt habe. Entscheidend ist schließlich, wie diese Sachverhalte in den Diskursen der sprachpolitischen Akteure konstruiert und reproduziert werden, welcher Sinn ihnen verliehen wird und für die Durchsetzung welcher sozialer Interessen sie funktionalisiert werden. Und zweitens, wie diese Sachverhalte in die Transformationsprozesse der gesellschaftlichen Verhältnisse, von Identität und Macht im frankophonen Raum einzuordnen sind.

Welche Diskurstypen können im Anschluss an diese Darstellung ermittelt werden?

1. Der traditionalistische Diskurs: Dieser Diskurs entwickelt sich unter den ökonomischen und sozialen Verhältnissen von Kanada als britischer Kolonie von der Mitte des 18. Jhs und bis in die Zeit nach dem 2. Weltkrieg, in der sich die Frankophonen als eine *nation canadienne française* definieren. Getragen wird er durch die frankophone Elite, die auf diese Weise ihre Machtposition gegenüber der Mehrheit aus Arbeitern, Handwerkern, Bauern, Fischern etc. legitimiert und sich dabei nicht zuletzt mit den von den Engländern dominierten Machtstrukturen arrangiert. Elemente des traditionellen Diskurses bestehen einerseits in der Konstruktion sozialer Homogenität („langue, religion et race“) und der Zugehörigkeit zu einer marginalisierten und unterdrückten Gemeinschaft (vgl. Erfurt/Heller/Labrie 2001; Heller/Labrie 2003, 16ff.). Andererseits basiert dieser Diskurs auf dem Schreckgespenst der Assimilation, d. h. des Verlustes von Identität, Tradition und Werten, die

23 Vgl. Allocution du ministre responsable des Affaires intergouvernementales canadiennes et de la Francophonie canadienne du Gouvernement du Québec, B. Pelletier, à l'occasion du Brunch des élus de l'ACFO régionale d'Ottawa, le 28 mai 2005, sowie die Presseartikel in *Le Droit*, 30.5.2005, S. 3 und 31.5.2005, S. 12.

von britischer Seite als politische Strategie gegenüber den *Canadiens français* verfolgt wurde (vgl. den Rapport Durham) und die zugleich die Abhängigkeit der Frankophonen von der eigenen Elite beförderte.

2. Der Dominanz- und Kontrolldiskurs: Dieser Diskurs entsteht in der Zeit nach dem 2. Weltkrieg und insbesondere in den Auseinandersetzungen zwischen rivalisierenden Fraktionen der Québecer Gesellschaft seit den 1960er Jahren um die kulturelle Hegemonie und die politische Macht des Nationalismus. Initiiert von Künstlern und Intellektuellen gegen die Vorherrschaft der traditionellen Elite und ihrer klerikal-konservativen Werte, transformiert er sich rasch in einen Diskurs breiter Kreise der frankophonen Eliten und der Bevölkerung, die das nationalstaatliche Projekt Québécois – auch über den *Parti Québécois* hinaus – mittragen. Seine symbolische Macht besteht in der Durchsetzung einsprachiger Räume, die mit dem Gesetz 101 von 1977 ihren rechtlichen Rahmen erhielten; die reale Macht besteht in der Sicherung der ökonomischen und politischen Interessen und der Selbstbestimmung der Québecer Eliten gegenüber einem anglophonen Kanada und Nordamerika. Als Korrelat zum „staatlichen Nationalismus“ Québécois und dem Prinzip der Einsprachigkeit entstand im frankophonen Minderheitenmilieu ein „institutioneller Nationalismus“, der ebenfalls auf Schaffung und Kontrolle von einsprachigen Räumen in der Schule, der Kirche, im Gesundheitswesen, dem assoziativen Leben und den Verwaltungsstrukturen der Frankophonie setzt.

3. Der Diskurs der sozialen Diversifizierung im Kontext von konkurrierenden Nationalismen und Immigration: Auch dieser Diskurs bildet sich in der Zeit nach dem 2. Weltkrieg und insbesondere seit den 1960er Jahren heraus. Dafür ausschlaggebend ist die Konkurrenzsituation zwischen dem Québecer Nationalismus und dem föderalstaatlichen Nationalismus bezüglich der Rolle der französischsprachigen Kultur und der sozialen Situation der Frankophonen. Wenn der vorher genannte Dominanz- und Kontrolldiskurs das sprachliche und sprachpolitische Handeln in Québec markiert, so organisiert dieser Diskurs die Auseinandersetzung zunächst um die Anerkennung, dann um die Deutung des Prinzips des Bilingualismus und Bilingualismus in Kanada. Der rechtliche Rahmen für ein Kanada mit zwei offiziellen Sprachen wird 1969 in Kraft gesetzt, doch schon in den 1980er Jahren seitens des Föderalstaats wieder in Frage gestellt oder zumindest geschwächt. Neben das Prinzip der Bilingualität, das den Frankophonen ein relativ hohes Maß an Anerkennung gewährt, tritt nun auf Bundesebene das Konzept des Multikulturalismus. In Québec stößt dieses Konzept auf deutliche Vorbehalte, wenn auch der Sachverhalt des mit der Immigration verbundenen Wandels zu einer multikulturellen Gesellschaft als unstrittig anerkannt wird. Gegen das Konzept des Multikulturalismus setzt Québec in diesem Diskurs das der Interkulturalität, mit dem die Idee einer Konvergenz der Kulturen und die Durchsetzung einer gemeinsamen französischsprachigen Kultur anvisiert wird, unabhängig davon, welche Sprache(n) die Mitglieder der Gesellschaft sonst noch sprechen. Den *Francophones de souche* steht nun eine ethnokulturell geprägte *noirvelle francophonie* bzw. eine große Zahl von *Néo-Québécois* oder *Néo-Canadiens* gegenüber. Zugleich verhält sich dieser Diskurs weitgehend ignorant gegenüber den frankophonen Gemeinschaften außerhalb Québécois und provoziert einen tiefgreifenden Bruch in der fran-

kokanadischen Identität: Auf der einen Seite stehen nun die *Québécois*, auf der anderen die *Acadiens*, *Franco-Ontariens*, *Franco-Manitobains* etc, die sich von Québec im Stich gelassen fühlen.

4. Der Diskurs der Verstaatlichung der Frankophonie und ihrer internationalen Vernetzung: Die Anfänge dieses Diskurses reichen in die Auseinandersetzungen zwischen Kanada und Frankreich um die Rolle Québécois auf der internationalen Bühne bzw. zwischen Québec und Kanada um die Anerkennung der französischsprachigen Kultur zurück. Auch für diesen Diskurs stellt das Gesetz über die offiziellen Sprachen (1969) einen wichtigen rechtlichen Rahmen dar, der es den Frankophonen erlaubt, ihre Angelegenheiten in den Apparaten des Staates auf der Ebene des Bundes und der Provinzen zu etablieren. Korrelativ zu den seit langem vorhandenen Institutionen im frankophonen Milieu baut nun auch der Staat Strukturen zur Verwaltung frankophoner Angelegenheiten auf und formuliert seinerseits die Regeln und Bedingungen für staatliche Subventionen. Was nach innen Bürokratisierung bedeutet, nimmt nach außen Formen der internationalen Kooperation, der Solidarität und multilateralen Vernetzung sowie der Unterstützung von kultureller Diversität im Rahmen der OIF an. Träger dieses Diskurses sind bürokratische Eliten und die Akteure in staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen, die Entwicklungshilfe vor allem für frankophone Staaten Afrikas, des Maghreb und der Antillen leisten und dabei nicht zuletzt auch Leitlinien der Immigrationspolitik vertreten.

Diese vier Diskurstypen unterstreichen einmal mehr, mit welcher Dynamik sich die Frankophonie seit den 1960er Jahren verändert und wie heterogen sich die Interessenlagen der einzelnen Akteure sowohl innerhalb Kanadas als auch auf der internationalen Ebene gestalten. Bei aller Unterschiedlichkeit sind aber auch Vergleiche möglich, wobei uns die Diskurstypen ein Anhaltspunkt sein können, um die jeweiligen Konstellationen zu beschreiben. So ergeben sich Vergleiche zwischen der kulturellen Situation von Frankophonen und Anglophonen in Kanada, Vergleiche zwischen der Frankophonie auf der Bundesebene und den Francophonien auf der Ebene der kanadischen Provinzen, Vergleiche zwischen den Québécois einerseits und den Acadiens, Franco-Ontariens, Manitobains etc. andererseits, Vergleiche zwischen Québécois, Franco-Ontariens etc. auf der einen und den Néo-Canadiens auf der anderen Seite, aber auch Vergleiche zwischen den Positionen der Bundesregierung und jenen der Regierung Québécois zu den Prinzipien, Strukturen und Institutionen der internationalen Francophonie und schließlich Vergleiche zwischen den Interessen der bürokratischen Eliten in den Agenturen der OIF und den Interessen der frankophonen Gemeinschaften. Auf diese Weise erhalten wir ein differenziertes Bild darüber, welche Rolle der Kultur im Prozess der Globalisierung zukommt.

Literaturverzeichnis

- Agence de la Francophonie, 1995, *Actes de la sixième Conférence des chefs d'État et de gouvernement des pays ayant le français en partage, décembre 1995*, Paris: Agence de la Francophonie.
 Adam, Jean-Michel, 2004, „Quand dire « Vive le Québec libre ! » c'est faire l'Histoire avec des mots.“ in: Denise Deshaies/Diane Vincent (Hg.), *Discours et construction identitaires*, Québec : Les Presses de l'Université Laval, 13-38.

- Ager, Dennis, 1996, "Francophonie" in *the 1990 s: problems and opportunities*, Clevedon/Bristol: Multilingual Matters Ltd.
- Augerot-Arend, Sylvie d', 1996, "Le monde associatif comme moyen d'intervention sur le français: diversité, dilemmes, dépendance et symphonie inachevée," in: Erfurt 1996, 253-275.
- Bourdieu, Pierre, 2001, *Langage et pouvoir symbolique*, Paris: Seuil.
- Budach, Gabriele, 2003, *Diskurse und Praxis der Alphabetisierung von Erwachsenen im frankophonen Kanada: Französisch als Minderheitensprache zwischen Ökonomie und Identität*, Frankfurt/M.: Peter Lang.
- Cardinal, Linda (Hg.), 1993, *Une langue qui pense. La recherche en milieu minoritaire francophone au Canada*. Actexpress, Ottawa: Les Presses de l'Université d'Ottawa.
- Centre N a Rive, 1995, *Album Souvenir 1973-1995*, Montréal: MacroFormat inc.
- Commission des États généraux sur la situation et l'avenir de la langue française au Québec, 2001, *Le Français. Une langue pour tout le monde. Une nouvelle approche stratégique et citoyenne*. Gouvernement du Québec.
- Erfurt, Jürgen (Hg.), 1996, *De la polyphonie à la symphonie. Méthodes, théories et faits de la recherche pluridisciplinaire sur le français au Canada*, Leipzig: Leipziger Universitätsverlag.
- , 1997, "Ma langue maternelle c'est l'anglais – oui, well, mon père était anglais, pis ma mère était française," in: James R. Dow/Michèle Wolff (Hg.), *Languages and Lives*, New York: Peter Lang, 155-170.
- , 1998, "Politiques linguistiques du monde associatif francophone en Ontario," in: *Études canadiennes/Canadian Studies* 45, 163-177.
- , 1999, "Le changement de l'identité linguistique chez les Franco-Ontariens. Résultats d'une étude de cas," in: Normand Labrie/Gilles Fortot (Hg.), *L'enjeu de la langue en Ontario français*, Sudbury: Prise de parole, 59-77.
- , 2000a, "Unilinguismus versus Bilinguismus. Sprachpolitische Diskurse frankophoner Assoziationen in Ontario, Kanada," in: Peter Stein (Hg.), *Frankophone Sprachvarietäten. Hommage à Daniel Baggio de la part de ses "adlans"*, Tübingen: Stauffenburg, 191-209.
- , 2000b, "Frankophone Minderheiten, Migration und mixité in Kanada," in: *Zeitschrift der Gesellschaft für Kanada-Studien* 37, 97-112.
- , 2005a, *Frankophonie. Sprache, Diskurs, Politik*, Tübingen: Francke/UTB.
- , 2005b, "de même I hope j'te bother pas: Transkulturalität und Hybridität in der Frankophonie," in: Jürgen Erfurt (Hg.), *Transkulturalität und Hybridität. L'espace francophone als Grenzerfahrung des Sprechens und Schreibens*, Frankfurt/M.: Peter Lang, 9-36.
- , 2006, "Alpha-francisation' haitianischer Migranten in Montréal," in: Verena Berger/Fritz Peter Kirsch/Daniel Winkler (Hg.), *Montréal – Toronto. Stadtkultur und Migration in Literatur, Film und Musik*, Berlin: Weidler Buchverlag, im Druck.
- /Monica Heller/Normand Labrie, 2001, "Sprache, Macht und Identität im französischsprachigen Kanada. Ein Forschungsbericht," in: *Zeitschrift für Kanada-Studien* 39, 44-67.
- Georgault, Pierre/Michel Pagé (Hg.), 2006, *Le Français, langue de la diversité québécoise. Une réflexion pluridisciplinaire*, Montréal: Québec Amérique.
- Guespin, Louis/Jean-Baptiste Marcellesi, 1986, "Pour la glottopolitique," in: *Langages* 83, 3-34.
- Heller, Monica/Normand Labrie (Hg.), 2003, *Discours et identités. La francité canadienne entre modernité et mondialisation*, Cortil-Wodon: Les Éditions Modulaires Européennes.
- Juteau, Danièle, 1994, "Multiples francophonies minoritaires: multiples citoyensnetés (Etats-Unis, Canada)," in: *Sociologie et Sociétés* 26, 33-45.
- Le Scouarnec, François-Pierre, 1997, *La Francophonie*, Montréal: Boréal.
- Kolboom, Ingo, 2002a, "Die Frankophonie als internationales System," in: Ingo Kolboom/Thomas Kotschi/Edward Reichel (Hg.), *Handbuch Französisch. Sprache-Literatur-Kultur-Gesellschaft*, Berlin: Erich Schmidt Verlag, 462-468.
- Kolboom, Ingo, 2002a, "Die Internationale Frankophonie – Kulturelle Makro-Region und politischer Akteur in der globalen Welt," in: Ingo Kolboom/Bernd Rill (Hg.), *Frankophonie – nationale und internationale Dimensionen*, München: H.-Seidel-Stiftung, 7-20.

- Kymlicka, Will, 2001, *La citoyenneté multiculturelle*, Montréal: Boréal.
- Labrie, Normand/Marcel Grimard/Roger Lozon/Carsten Queli, 2003, "Rencontre provinciale de 1998: de la fragmentation à l'éclatement ?" in: Monica Heller/Normand Labrie (Hg.), *Discours et identités. La francité canadienne entre modernité et mondialisation*, Cortil-Wodon: Les Éditions Modulaires Européennes, 229-267.
- Laurier, Michel D., 2005, "La maîtrise du français dans la formation des immigrants adults," in: Stefanescu/Pierre-Georgault 2005, 567-587.
- Maclure, Jocelyn/Alain-G. Gagnon (Hg.), 2001, *Repères en mutation: Identité et citoyenneté dans le Québec contemporain*, Montréal: Éditions Québec Amérique.
- Mc Andrew, Marie, 2001, *Immigration et diversité à l'école. Le débat québécois dans une perspective comparative*, Montréal: Les Presses de l'Université de Montréal.
- Pagé, Michel, 2006, "Proposition pour une approche dynamique de la situation du français dans l'espace linguistique québécois," in: Georgault/Pagé 2006, 27-76.
- Paillé, Michel, "Canada's Official Languages in the Provinces of Quebec and Ontario: a Demographic Comparison," in: Michael Morris (Hg.), *Canadian Language Policy in Comparative Perspective*, im Druck.
- Riesz, János, 2003, "Frankophonie' – Überlegungen zur Geschichte ihrer Anfänge und der Narration ihrer frühen Entwicklung," in: *Grenzgänge. Beiträge zu einer modernen Romanistik* 19, 100-129.
- Senghor, Léopold S., 1980, *La poésie de l'action: Conversations avec Mohamed Aziza*, Paris: Stock.
- Stefanescu, Alexandre/Pierre Georgault (Hg.), 2005, *Le français au Québec. Les nouveaux défis*, Québec: Fides.
- Téту, Michel, 1996, "Le français au Canada et le monde francophone," in: Erfurt 1996, 351-363.
- Thériault, Joseph-Yvon (Hg.), 1999, *Francophonies minoritaires au Canada: l'état des lieux*, Montréal, NB: Éditions d'Acadie.
- , 2005, "L'institution en Ontario français," in: *Les Cahiers du CIRCEM*, Université d'Ottawa 4, www.circem.uottawa.ca/pdf/ytheriault_trans_15-03-2005.pdf (25.5.2006).
- UNO 2005: Human Development Report 2005. <http://hdr.undp.org/reports/global/2005/> (28.12.2005).
- Vallières, Pierre, 1994, *Nègres blancs d'Amérique*, Montréal: Typo.
- Venne, Michel (Hg.), 2000, *Penser la nation québécoise*, Montréal: Québec Amérique.
- Weinmann, Heinz, 2002, "Geschichte des frankophonen Nordamerika," in: Ingo Kolboom/Thomas Kotschi/Edward Reichel (Hg.), *Handbuch Französisch. Sprache-Literatur-Kultur-Gesellschaft*, Berlin: Erich Schmidt Verlag, 432-439.
- Woehrling, José, 2005, "Conflits et complémentarités entre les politiques linguistiques en vigueur au Québec, au niveau fédéral et dans le reste du Canada," in: Pierre Noreau/José Woehrling (Hg.), *Appartenances, institutions et citoyenneté*, Montréal: Wilson & Lafleur, 295-319.